

Bezugspreis:

Für den Monat März 1923 120 M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Grenz- und Grenzgebiete sowie Ostpreußen und Litauen 1200 M. für das übrige Ausland 1800 M. ...

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Dienstag, den 13. März 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postkassenkonto: Berlin 575 36 - Bankkonto: Direktion der Diktions-Gesellschaft, Depositenkass. Lindenstraße 3

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kompositionelle ...
Kleine Anzeigen ...
Wort 375 M. ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft ...

Elf Fragen und keine Antwort.

Jaspar weicht vor Vandervelde aus.

Am 22. Februar hatte Genosse Vandervelde dem belgischen Außenminister Jaspar elf Fragen, die sich auf das Ruhrunternehmen bezogen, zur öffentlichen Beantwortung unterbreitet. Der Außenminister hat jetzt seine Antwort erteilt, die allerdings mehr als kümmerlich ausgefallen ist.

Aber noch mehr, das Staatsinteresse muß sogar als Vorwand dienen, um sich auszusprechen über Maßnahmen der Regierung gegen das Sinken des belgischen Frank und das Steigen der Preise. Eine klare Antwort gibt der Außenminister lediglich auf die Frage, ob man mit den ergriffenen Maßnahmen nur einen wirtschaftlichen Druck auf Deutschland ausüben wolle, oder ob man vielmehr ein politisches Ziel, die endliche Befreiung des Ruhrgebietes, im Auge habe.

Welche Verpflichtungen gemeint sind, läßt die ministerielle Antwort nicht durchblicken. Der belgische Außenminister geht aber auch nicht auf die Frage des Genossen Vandervelde ein, ob die belgische und die französische Regierung ihrerseits bestimmte Forderungen formuliert haben, die Deutschland unterbreitet werden sollten für den Fall, daß es zu Verhandlungen käme; und ebensovienig auf die Frage, ob die Befreiung des Ruhrgebietes aufhört, wenn Deutschland Garantien bietet für die Bedingungen, die es übernommen hätte.

Wie sehr sich die belgische Politik im Schlepptau Frankreichs befindet, ersieht man auch daraus, daß sich der Außenminister nicht darüber ausläßt, ob es die Auffassung der belgischen Regierung sei, daß das Reparationsproblem gelöst werden könne ohne ein Übereinkommen aller Mächte und ohne daß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands durch Schiedsgericht festgestellt worden ist. Dafür aber leistet sich der Minister in seiner Antwort eine klare Geschichtsklitterung, wenn er behauptet, daß die französisch-belgische Ingenieurkommission bei ihrem Erscheinen im Ruhrgebiet sich mit den Unternehmern und Arbeitern verständigt hätte und daß die Lieferungen regelmäßig weitergegangen wären, wenn nicht die Berliner Regierung ihren Staatsangehörigen ein entsprechendes Verbot auferlegt hätte. Dadurch, daß man in Frankreich und in Belgien diese Behauptung immer wieder aufstellt, wird diese Lüge nicht zur geschichtlichen Wahrheit.

Die Greuel von Buer.

Buer, 12. März. (WIB.) Am Sonntag mittag wurden der Kriminalbeamte Burchhoff aus Buer-Ede und der Elektromonteur Wittershagen von den Franzosen verhaftet. Burchhoff wurde auf Grund einer Denunziation eines Großpolen, der dem Beamten Rache geschworen hatte, von den Franzosen festgenommen. Er nannte als Mithing den Monteur Wittershagen, mit dem er zur Zeit der Mordtat zusammen gewesen war. Beide wurden in der Nacht im französischen Arrestkloster schwer mißhandelt. Es scheint, daß Burchhoff sich gegen diese unmenschliche Behandlung gewehrt hat. Gegen 9 Uhr abends führten die Franzosen ihn auf den Platz hinter dem Rathaus. Die Bewohner der umliegenden Häuser waren vorher aufgefordert worden, die Fenster zu schließen. Auch war verboten, Licht zu machen. Zwei Offiziere und zwei Soldaten schleppten Burchhoff unter fortwährenden Kolbenhieben und Peitschenhieben auf den freien Platz. Die Bewohner der Häuser hörten die lauten Schreie des Bedauernswerten. Gleich darauf fielen zwei Schüsse, dann wurde es still, und die Franzosen entfernten sich hastig. Die Leiche weiß granige Verletzungen auf. Der Schädel ist durch Kolbenschläge vollständig zertrümmert. Eine Schußverletzung findet sich in der Brust, eine zweite vor der Stirn. Der Monteur Wittershagen wurde kurz nach diesem Vorfall auf den Cyzeumhof geschleppt und dort erschossen. Die Kugel durchschlug den Schädel, der vollständig zerrissen ist. Der Schuß muß aus nächster Nähe abgegeben worden sein, da das Gesicht zahlreiche Pulverfleck aufweist.

Die Leichen der beiden Ermordeten wurden im Laufe der Nacht in das Buerische Rathaus gebracht mit dem Bemerkten, die beiden Deutschen seien auf der Straße erschossen worden, weil sie gegen die Verordnung, betreffend den Nachverkehr, verstoßen hätten.

Die Verantwortung für die Richtigkeit dieser wahrhaft grauenenerregenden Schilderung muß dem zitierten Nachrichtenbureau überlassen bleiben. Leider scheint die Tatsache an sich, daß in Buer schon mehrere unschuldige Deutsche einem viehischen Vergeltungsverfahren zum Opfer gefallen sind, unbestreitbar.

Weiselerfahrungen?

Dortmund, 12. März. (WIB.) Der kommandierende General des 32. Armeekorps, General Caorn, gab dem Magistrat in Buer bekannt, daß im Falle in Buer ein Mord an einem Franzosen verübt werden sollte, der als Geiseln festgehaltenen Oberbürgermeister ohne Urteil erschossen werden würde. Der General übernehme die volle Verantwortung für dieses Urteil und sei bereit, sich unter gewissen Umständen vor dem französisch-deutschen oder internationalen Gerichtshof zu stellen. Der Vertreter der Buerischen Kaufmannschaft Krenhold wurde freigelassen, um den Beschluß des kommandierenden Generals dem Magistrat sowie der Bevölkerung zur Kenntnis zu bringen.

Scharfe Repressalien.

Buer, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Von heute nachmittag 4 Uhr ab darf die Bevölkerung nur den Jahrdamm, nicht den Bürgersteig betreten. Weiter darf die Bevölkerung die Hände nicht in den Taschen haben, die Arme müssen pendeln, die innere Handfläche muß zu sehen sein. Heute abend 7 1/2 Uhr darf niemand mehr auf der Straße sein. Um 10 Uhr darf keine Beleuchtung in den Häusern mehr sein. Es darf kein Licht mehr nach der Straße dringen. Vor dem Rathaus Buer stehen fünf Tanks.

Provokation an der Arbeit.

Ruhrgebiet, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die blutigen Zwischenfälle in Dortmund besagt ein amtlicher Bericht der zuständigen Stellen folgendes: Am Sonnabendabend kamen drei angetrunkene französische Soldaten mit einem deutsch sprechenden Begleiter in eine Gastwirtschaft und bestellten Bier. Der deutsch sprechende Begleiter versuchte vergeblich, die anwesenden Gäste gegen die Franzosen aufzuheben. Hierauf bezweifelte er die Soldaten, bis diese mit ihren Gewehren die Anwesenden bedrohten. In der Gaststube gelang es dem Wirt, die Ruhe wieder herzustellen. Am Abend jedoch schlug ein französischer Soldat einen deutschen Zivilisten mit dem Seitengewehr, und auf der Straße setzten sich die Streitigkeiten zwischen dem Deutschen und den Franzosen fort. Einige Leute stellten über den deutsch sprechenden Begleiter her, was die Soldaten mit Angriffen auf die Menge beantworteten. Polizeikommissar Schloeter, der sich auf einem Revisionsgange befand, rief durch Notsignale Verstärkung herbei, von der die Soldaten zurückgehalten wurden. Der deutsche Begleiter der letzteren wehrte jedoch die Soldaten wieder auf, so daß sich diese schufertig machten und auf die Menschenmenge eindrangen. Den Polizeikommissar, der zu vermitteln und zu beruhigen versuchte, erklärten sie für verhaftet und erschloßen gleichzeitig in einer Entfernung von fünf bis sechs Schritten lebhaftes Feuer. Hierbei erhielt der Polizeikommissar einen Schuß durch die Schulter. Auch die Soldaten erhielten Verstärkung und säuberten die Straße durch Abgabe von Schüssen. Bei dieser Schießerei wurde der Metallarbeiter Heinrich Gysels getötet, der Arbeiter Ernst Scholl durch einen Brustschuß schwer verletzt. Mehrere Personen erhielten schwere Schuß- und Stichverletzungen. Die französischen Soldaten sperrten daraufhin alle Straßen ab und durchsuchten sämtliche Passanten nach Waffen.

Belagerungszustand in Koblenz.

Koblenz, 12. März. (WIB.) In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurde auf die fonderbündlerische Gutenberg-Druckerei zum dritten Male ein Angriff ausgeführt. Die Druck- und Schreibmaschinen wurden diesmal vollständig zerstört. Verlagsdirektor Rull hatte, als die Täter das Gebäude gerade verlassen wollten, einen Schuß abgegeben, worauf die Polizei an Ort und Stelle erschien und einen Täter festnahm. Heute vormittag wurde infolge der Zerstörung der Maschinen des Gutenbergverlags von den französischen Besatzungsbehörden über die Stadt Koblenz der Ausnahmezustand verhängt. Die Bevölkerung darf von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens die Straßen nicht betreten. Nur Ärzten und Hebammen ist der Aufenthalt auf den Straßen während dieser Zeit gestattet.

Belgische Sozialistenabordnung im Ruhrgebiet.

Brüssel, 12. März. (Data.) Der Generalsekretär der Belgischen Sozialdemokratischen Partei hat den Beschluß gefaßt, eine Kommission von 8 Mitgliedern ins Ruhrrevier zu entsenden, um die dortige Lage zu untersuchen.

Gemeinschaftsschule in Gefahr!

Von Kurt Kerlöm-Löwenstein.

Um die Gemeinschaftsschule wird augenblicklich in den Verhandlungen des 30. Reichstagsausschusses gekämpft, und diese Kämpfe und ihr Ausgang sind deswegen von so großer Bedeutung, weil die Bestimmungen über die Gemeinschaftsschule ihre wesentlichen Folgen für die übrigen Schularten — Bekenntnisschulen, weltliche und Weltanschauungsschulen — haben werden. Wir Sozialdemokraten haben die Gemeinschaftsschulen durch folgenden Antrag umschrieben:

„Die Gemeinschaftsschule ist grundsätzlich und ihrem Wesen nach unabhängig von dem Bekenntnis oder der Weltanschauung der Kinder, die sie besuchen, und der Lehrer, die an ihr tätig sind.“

Es ist daher für Kinder aller Bekenntnisse und Weltanschauungen bestimmt. Lehrer aller Konfessionen und Weltanschauungen können an ihr unterrichten. Vorübergehender oder dauernder Besuch von nur Kindern eines Bekenntnisses oder nur Kindern keines Bekenntnisses, vorübergehende oder dauernde Beschäftigung von nur Lehrern eines Bekenntnisses oder keines Bekenntnisses verändern nicht den Charakter der Schule als Gemeinschaftsschule.

Die Gemeinschaftsschule erteilt den Unterricht für alle Kinder gemeinsam auf allgemein sittlicher Grundlage im Sinne sittlicher Volksgemeinschaft. Sind für Kinder einer Altersstufe Parallellassen eingerichtet, so darf die Trennung der Kinder nicht nach dem Bekenntnis oder der Weltanschauung vorgenommen werden. Nur der Religionsunterricht, der nach Artikel 149, Abs. 1, der Reichsverfassung ordentliches Lehrfach ist, wird für die Bekenntnisse getrennt und in Uebereinstimmung mit den Grundrissen der betreffenden Religionsgemeinschaft erteilt. Bekenntnisfreier Religions- oder Moralunterricht ist an den Gemeinschaftsschulen ordentliches Lehrfach. Die näheren Bestimmungen über die Einrichtung von Religionsunterricht oder Moralunterricht (Anzahl der Unterrichtsstunden und Mindestzahl der teilnehmenden Schüler) erfolgen durch Landesgesetz.“

Wir stehen mit dieser Formulierung im schroffen Gegensatz zu dem Kompromißantrag, der von dem Zentrum, der Deutschen Volkspartei, den Demokraten und der Bayerischen Volkspartei eingebracht worden ist. Dieser Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Die Gemeinschaftsschule erteilt den Unterricht auf christlicher Grundlage ohne Rücksicht auf die Besonderheiten der einzelnen Bekenntnisse für alle Kinder gemeinsam; der Religionsunterricht wird nach den Bekenntnissen getrennt erteilt. Bei der Befreiung der Lehrstellen an der Gemeinschaftsschule soll auf das religiöse Bekenntnis der die Schule besuchenden Kinder nach Möglichkeit Rücksicht genommen werden. Die Gemeinschaftsschule verliert ihren Charakter nicht dadurch, daß Lehrer an ihr tätig sind, die einem christlichen Bekenntnis nicht angehören.“

Es ist nicht ohne Ironie, daß Demokraten und Bayerische Volkspartei auf dem Gebiete des Schulwesens ein Kompromiß schließen können. Ein großer Teil der Lehrer steht in kulturellen Fragen auf demokratischem Boden, und vielleicht empfinden es die Herren des Allgemeinen deutschen Lehrervereins — und vor allen Dingen die bayerischen Lehrer, die erst jüngst gegen das reaktionäre Vorgehen des Kultusministers Matt in Bayern protestiert haben, der der Bayerischen Volkspartei nicht gar so fern steht — doch ein wenig kompromittierend, daß ihre parlamentarischen Gesinnungsfreunde sich gerade in diesem Augenblick mit der Bayerischen Volkspartei in Kulturfragen zusammensinden.

Die demokratischen Zeitungen — vor allen Dingen das „Berliner Tageblatt“ und die „Vossische Zeitung“ — schienen sich auf diesen Kompromißantrag noch sehr viel einzubilden, und sie werfen uns Sozialdemokraten vor, daß wir versuchen wollten, aus der Gemeinschaftsschule eine verschleierte weltliche Schule zu machen. Ja, das „Berliner Tageblatt“ will uns sogar klarmachen, daß die Reichsverfassung in der Gemeinschaftsschule eine ähnliche christliche Simultanschule habe schaffen wollen, wie sie schon seit langem in Baden und Hessen bestünde. Nun sind zwar die badischen und hessischen Simultanschulen etwas anderes als die in der Verfassung verankerte Gemeinschaftsschule, aber auch abgesehen davon sind selbst die hessischen und badischen Gemeinschaftsschulen ihrer gesetzlichen Bestimmung nach nicht christliche Simultanschulen, wobei es für die gesetzliche Festlegung gleichgültig sein mag, daß wegen der Zugehörigkeit des überwiegenden Teiles der Bevölkerung zum christlichen Bekenntnis tatsächlich christlicher Religionsunterricht durchgängig erteilt wird. Nur in Bayern hat man aus der bestimmten reaktionären Absicht heraus die bestehenden Simultanschulen zu christlichen Schulen gemacht, um damit jüdischen oder dissidentischen Lehrern die Anstellungsmöglichkeit an solchen Schulen zu nehmen.

Die Demokraten von gestern dachten übrigens über die Gemeinschaftsschule anders. In ihren früheren Anträgen verlangten sie nämlich, daß die Gemeinschaftsschule nicht auf christlicher, sondern auf allgemein religiöser Basis errichtet werden solle.

Aber das ist nicht der einzige Prinzipienbruch. In dem Antrage wird ferner verlangt, daß bei der Befreiung der

Lehrerstellen an der Gemeinschaftsschule auf das religiöse Bekenntnis der die Schule besuchenden Kinder nach Möglichkeit Rücksicht genommen werden soll. Es soll also auch an der Gemeinschaftsschule, die nach der Verfassung, nicht nach dem Bekenntnis der Eltern eingerichtet werden soll, sogar eine bekenntnismäßige Regelung der Anstellung der Lehrkräfte herbeigeführt werden. Das bedeutet klipp und klar, daß auch an den Gemeinschaftsschulen durchgängig nicht jüdische, nicht dissonante Lehrer unterrichten können. Es ist eine absolut unzulässige Milderung, wenn dann im Schlußsatz hinzugefügt wird, daß die Gemeinschaftsschule nicht ihren Charakter dadurch verliere, daß Lehrer an ihr tätig sind, die einem christlichen Bekenntnis nicht angehören. Denn damit wird durchaus nicht verhindert, daß im allgemeinen und tatsächlich nach Möglichkeit nur christliche Lehrer — und zwar nach Konfessionen prozentual verteilt — angestellt werden, sondern es wird vielmehr sogar diese Regelung als die ordnungsgemäße gefördert.

Aber darüber noch hinaus birgt die verhängnisvolle gesetzliche Festlegung der Gemeinschaftsschule als christliche Gemeinschaftsschule außerordentliche Gefahren für die Lehrerschaft in sich. Der Begriff „christlich“ ist durchaus nicht festgelegt. Es soll zwar nicht Rücksicht genommen werden auf die Besonderheit der einzelnen Bekenntnisse, dennoch aber wird kein Mensch leugnen können, daß „christlich“ an und für sich eine Bekenntnisbindung ist, und niemand wird verhehlen können, daß man in irgendeinem reaktionär regierten Lande diesen Begriff so interpretiert, daß die Gemeinschaftsschule zwar prozentual Lehrer nach den verschiedensten Bekenntnissen bei der Anstellung zu berücksichtigen hat, daß aber auch in ihr irgendeine christliche, d. h. bekenntnismäßig gebundene Anschauung des Lehrers selbstverständliche Voraussetzung seiner Anstellung sei. Da nun aber, weder in der Reichsverfassung, noch durch irgendein Gesetz festgelegt werden kann noch festgelegt werden wird, was „christlich“ ist, so wird man mit Leichtigkeit in Analogie zum Religionsunterricht eine Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgesellschaft verlangen. Wir wollen vorläufig nicht glauben, daß die Demokraten die Lehrerschaft in diese Gefahr bringen wollen. Wir werden ihnen in den Ausschüßberatungen Gelegenheit geben, sich zu diesem Punkt nicht nur klar und deutlich zu äußern, sondern auch in ihren Abstimmungen zu zeigen, wie sie auf dieses Kompromiß reagieren werden.

Schon jetzt aber sollen Deffenlichkeit und vor allen Dingen Lehrerschaft mit allem Nachdruck auf die Gefahren dieses Kompromißantrages hingewiesen werden. Wird dieser Kompromißantrag Gesetz, so wird der Artikel 136, der den Lehrern völlige religiöse Freiheit gewährt, tatsächlich zu einer Farce.

Am übrigen befindet sich die Sozialdemokratie mit ihrer Auffassung von der Gemeinschaftsschule in guter Gesellschaft. Der Entwurf der Reichsregierung steht im wesentlichen auf dem Boden der sozialdemokratischen Auffassung; dieser Entwurf ist zwar von einer früheren Regierung eingebracht worden, aber von der jetzigen Regierung Cuno nicht zurückgezogen und damit als für sie verbindlich anerkannt worden. Die Reichsregierung wird sich also klipp und klar darüber äußern müssen, ob sie ihre Auffassung von der Reichsverfassung trotz des vorliegenden Gesetzeswurfes nach dem reaktionären Machtwillen der sie stützenden Parteien zu ändern wünscht.

Die ganze Angelegenheit hat aber noch eine hohe kulturpolitische Bedeutung. Wir Sozialdemokraten haben bei den ganzen Verhandlungen immer wieder betont, daß wir trotz unserer grundsätzlichen Forderung der weltlichen Schule die kulturpolitische Bedeutung einer einheitlichen gemeinsamen Volksschule hoch einzuschätzen wissen. Wir haben daher die vorläufig einzig mögliche gemeinsame Schule, die Gemeinschaftsschule, getreu der Verfassung als allgemeine Schule auszubauen versucht, und all unsere Anträge beweisen dieses kluge Maß kulturpolitischer Selbstbeschränkung. In dem Augenblick aber, wo die Kompromißparteien aus der Gemeinschaftsschule eine verfechtete Konfessionsschule mit ihren besonderen verhängnisvollen Folgen für die Lehrerschaft machen

wollen, in dem Augenblick werden die Sozialdemokraten und die freiheitlich gesinnten Kreise des Bürgertums mit aller Energie die Einrichtung der weltlichen Schule betreiben müssen. In dem Augenblick, in dem die Gemeinschaftsschule nicht mehr die Schule allgemeiner Duldsamkeit sein wird und die freiheitliche Lehrerschaft der Willkür einer kirchlichen Reaktion ausgesetzt wird, in dem Augenblick wird der Kulturkampf zu einer politisch zwingenden Notwendigkeit. Wir fürchten diesen Kampf nicht; wir wollen ihn jetzt nicht in den Vordergrund drängen, nicht nur mit Rücksicht auf die Not der Zeit, sondern weil wir diesen Kampf um die Verweltlichung des sittlichen und religiösen Bewußtseins nicht als einen politischen Tageskampf, sondern als ein Ringen um vertiefte und verinnerlichte Menschlichkeit führen wollen. Das freiheitliche Bürgertum, soweit es wirklich demokratisch gesinnt ist, hat allen Grund, sich in diesem weltanschaulichen Ringen nicht an die Seite der kirchlichen Reaktion zu stellen; denn die kirchliche Reaktion ist nicht nur unser, sondern auch ihr Feind.

Geisler tritt aus!

Sein Abschied von der Volkspartei.

Der Reichstagsabg. Geisler hat, wie WTB. meldet, an die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, zu Händen ihres zweiten Vorsitzenden, ein Schreiben gerichtet, in dem er seinen Austritt aus der Reichstagsfraktion erklärt, und zwar mit Rücksicht auf die vom WTB. am 10. März verbreitete Mitteilung aus dem Kreise der Deutschen Volkspartei, die er als Durchbrechung einer getroffenen Vereinbarung sowie als eine unvollständige und völlig einseitig gefärbte Darstellung bezeichnet und auf den Abgeordneten Dr. Stresemann zurückführt.

Bis zum Beweise des Gegenteils wird man annehmen müssen, Herr Geisler sei zur Erkenntnis gelangt, daß er doch nicht wie ein geprügelter Schüljunge auf den Bänken der Volkspartei sitzen bleiben könne. Er wird sich voraussichtlich in Herrn Wulles weitgeöffnete Arme stützen und von dort aus Herrn Stresemann seine Meinung sagen. Und da kann sich denn Herr Stresemann auf einiges gefaßt machen. . . .

Das III.-Bureau veröffentlicht den Wortlaut des von Geisler an die Volkspartei gerichteten Klagebriefes. Es heißt darin u. a.:

Einen weiteren Vorwurf gegen mich bildeten die Angriffe des „Vorwärts“ wegen meiner Bekämpfung gewisser sozialdemokratischer Bestrebungen, die nationale Einheitsfront zu sabotieren. Aus gleichem Grunde oder richtiger unter gleichem Vorwande hatte mich Dr. Stresemann zwei Wochen vorher in der Fraktion aufs schärfste angegriffen und sich in dieser nur von einem Sechstel der Fraktionsmitglieder besuchten Fraktionsitzung die Vollmacht geben lassen, bei etwaigen Angriffen des „Vorwärts“ gegen mich auf das entschiedenste von mir abzurücken, und auch diese meine neue Verfechtung dem Untersuchungsausschuß zu unterbreiten. Tatsächlich hat dann auch Dr. Stresemann, als ich der „Vorwärts“ über meine Bekämpfung sozialdemokratischer Sabotierungsversuche der Einheitsfront heuchlerisch beschwerte, sofort von dieser Vollmacht in der „Zeit“ Gebrauch gemacht, indem er mein Verhalten aufs schärfste verurteilte und die wahrheitswidrige Beschuldigung wiederholte, daß von mir ein Zankapfel in die nationale Einheitsfront geworfen sei.

Ein weiteres Zusammenarbeiten mit Dr. Stresemann in derselben Fraktion, zumal unter seinem Vorsitz, ist mir deshalb unmöglich. Ich habe auch die Überzeugung, daß Dr. Stresemann fortgesetzt meine im vaterländischen Interesse dringend notwendige Arbeit für einen ehrlichen Arbeitsfrieden zwischen den Unternehmern und ihren Angestellten und Arbeitern zu verdrängen sucht.

Danach hätte auch der „Vorwärts“ an der Bestreitung der Volkspartei von Herrn Geisler ein gewisses Verdienst. Wodurch sich die Volkspartei das von uns verdient hätte, wissen wir freilich nicht.

Ludendorff und die Katastrophenpolitiker.

München, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Behauptung der „Neuen Jahne“, daß General Ludendorff seit fünf Tagen in Berlin Besprechungen mit Kossbach, Haffner und General v. Seekt habe, wird von der „Bayerischen Staatszeitung“ mit der Feststellung bestritten, daß General Ludendorff seit dem 2. März seine Villa in Prinz-Ludwigshöhe bei München nicht verlassen habe. Statt der schädlichen Sensationsmacherei der „Neuen Jahne“ wäre es viel angebrachter, an General Ludendorff die präzise Frage zu richten, ob er weder am 27. Januar noch am 9. März Herrn Oberleutnant Kossbach bei sich empfangen habe, der bekanntlich an beiden Tagen in München war.

An dem Dementi Ludendorffs, daß er kein Opfer französischer Spitzel geworden sei und niemals Waffen von München nach Ungarn verschicken wollte, ist besonders beachtenswert, daß die letzten Enthaltungen über französische Umtriebe in Bayern, die wesentlich das Verdienst unseres Parteiorgans, der „Münchener Post“, sind, nun auch dem General Ludendorff den Stachel gestochen haben. Ludendorff spricht jetzt plötzlich von „der jetzt klar und in erschreckender Nähe zutage tretenden Wirksamkeit Frankreichs in Bayern“. Es wäre erfreulich, wenn General Ludendorff und, was noch wichtiger ist, der besonnene Teil der „vaterländischen Verbände“ und insbesondere die bayerische Landesregierung nicht nur die Gefahr der landesverräterischen Auswüchse des Rechtsradikalismus erkennen, sondern energisch der gesamten Hege gegen Republik und Reichsregierung entgegenzutreten würden, die in ihrer Wirkung lediglich eine Propaganda der Reichserdrosseln in Bayern bedeutet. Von solcher Einsicht in die tatsächlichen Zusammenhänge sind übrigens gewisse amtliche Stellen in Bayern weniger entfernt als General Ludendorff, der bisher noch immer mit Hitler und Oberst v. Enderlauer ausdrücklich außerhalb der Abwehrfront im Ruhrkampf steht.

Die Erklärung Ludendorffs hat folgenden Wortlaut: „In München wird anlässlich der jetzt klar und in erschreckender Weise zutage tretenden Wirksamkeit Frankreichs in Bayern aus gewissen Kreisen anscheinend als Ablenkungsmanöver und aus durchsichtigen Gründen verbreitet, ich wäre auch ein Opfer französischer Tätigkeit geworden, indem ich durch französische Spitzel verleitet, bereit gewesen wäre, Waffen aus München nach Ungarn zu senden. Diese Waffen wären dann bei der Abwendung hier in München in die Hände der französischen Spitzel gefallen. Ich erkläre, daß an der ganzen Sache, soweit meine Person in Frage kommt, kein wahres Wort ist.“ Soweit wir unterrichtet sind, ist in der Presse bisher der Name Ludendorffs mit der Münchener Monarchistenverschwörung nicht in Verbindung gebracht worden. Um so auffälliger wirkt Ludendorffs Dementi, das außerdem Angaben enthält, die gar nicht gemacht worden sind.

Gehobte Alarmbereitschaft für — Nationalisten.

München, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Der 12. März, der von den Nationalisten als Vorkriegstag in Aussicht genommen war, ist bisher buchstäblich ruhig verlaufen. Die Nationalsozialisten besuchen mit drei Hundertschaften ein patriotisches Theaterstück im Zirkus Krone. Die Rede Hitlers vor den Beamten der Landespolizei ist in letzter Stunde abgesetzt worden, offenbar infolge eines amtlichen Eingreifens. Die Nationalsozialisten haben heute durch Befehl des Oberkommandos der Sturmabteilung für alle Sturmtruppler für acht Tage erhöhte Bereitschaft befohlen mit dem Hinzufügen, daß alle Leute dahelmbleiben bzw. erreichbar sein müssen, damit sie innerhalb von zwei Stunden alarmiert werden können! Die ständige Beurlaubung der Münchener Bevölkerung durch die Androhung von Rechtspfeifen soll offenbar den Widerstand der Sozialdemokratie und der Regierung zermürben. Diese Rechnung ist falsch, da die Widerstandskraft der sozialdemokratischen Abwehr täglich wächst und die Erbitterung der staatlichen Polizeigebäude über die häufigen Alarmierungen den nationalsozialistischen Butschisten im Ernstfall sehr unangenehm werden kann. Der unerträgliche Zustand, daß ein bewaffneter Haufe „Belagerungszustand“ und „erhöhte Bereitschaft“ verkündet, also gewissermaßen einen Staat im Staate bildet, zeigt die völlige Auflösung der staatlichen Autorität in der bayerischen Ordnungsgemeinschaft.

Jakobs Tod.

Von Erna Büsing.

In der Tat, es ging Jakob eigentlich gut. Sein Gesundheitszustand ließ nichts zu wünschen übrig, seine wirtschaftliche Lage war befriedigend, und seine Familienverhältnisse waren angenehm. Doch hatte er unter dem Einfluß der Zeitgeschichte die Klage- und Jammerrufe bekommen; die Krankheit überfiel ihn bei ihm in fortgesetztem Vergleichen. Das bekundete auch seine äußere Erscheinung. Sein Gesicht glich dem eines hungrigen Seehundes, die Mundwinkel hingen so tief herab, daß sie zu Falten wurden, die Vorratskammern für genossene Speisen abgaben. Waren die Fische billiger und die Menschen mildtätiger gewesen, dann hätte man ihm dann und wann wohl mal einen Hering vors hungrige Maul gehalten.

Jakob verglich andauernd. Das Vergleichen und Jammern wurde Lebensinhalt für ihn. Sein Gesicht ward immer wehleidiger, und schließlich ging er am Vergleichen und Jammern ein. Und das kam so.

Mittags, wenn er sich zu Tisch setzte, sah er durch das Fenster seiner Parterrewohnung Straßenkehrer bei der Arbeit. Er hatte den letzten Tarif gelesen und ginstete sich, was diese Leute verdienen. Er verfiel auf die Idee, auszurechnen, was jeder Besenstrich der Stadtgemeinde kostete. Das war fürchtbar, es verschlug ihm's Essen. Das Gemüße drückte, die Kartoffeln lagen ihm schwer im Magen, die Stühlpfeile säuerten ihm in der Mundhöhle. Zuerst dachte er, ihn plage ein Bandwurm, doch nach und nach kam er dahinter, die Straßenkehrer wären schuld an der Unverdaulichkeit der Speisen. Bald konnte er nicht einmal mehr eine leichte Mehlsuppe vertragen.

In seiner Familie verkehrte ein junger Mann. Der war ordentlich und freisinnig, besuchte die Volkshochschule und selbste sich ab und zu mal ein Theaterbillet. Als Jakob nach der Einnahme des jungen Mannes gefragt hatte, war er erboht und bekam Kopfschmerzen. Er rechnete und rechnete und verglich. Früher, als er in dem Alter des jungen Mannes war, hatte er nur soundsoviel verdient. Die zur Schwindselnden Höhe gesteigerten Kosten der Lebenshaltung unterzuschlug er dabei wohlweislich. Und Jakob wurde die Kopfschmerzen nicht mehr los.

Im Hinterhause wohnte eine kleine Stenotypistin möbliert. Das Mödel verstand es, sich nett zu kleiden. Bald hatte Jakob herausgefunden, was es verdiente. Das war unerhört, für einen alleinstehenden Menschen, noch dazu für eine Frau. Doch auch eine Frau Essen und Trinken, Licht und Feuerung gebraucht, daran dachte Jakob absichtlich nicht. Die kleine Stenotypistin verurteilte ihm schlechte Nächte.

Bald mußte Jakob einen Arzt aufsuchen. Es gibt viele ergründete Krankheiten, die den Ärzten das Leben sauer machen, ihnen aber auch gewinnbringend die Sprechstunden füllen. Doch

Jakob hatte kein ergründetes Leiden, es war tatsächlich eine Krankheit, die auf nervöser Grundlage fest und sicher ruhte. Der Arzt versuchte es vorerst mit Schlafmitteln. Jakob nahm Wafeln, Bromural, Pantoyon, und zu guter Letzt tauchte er seinen abgemagerten Körper in Fichtennadelbäder und ließ sich vom Bademeister massieren. Wenn Jakob die Medikamente schluckte oder sich dem Wasser umspülen ließ, dachte er an die erhöhten Arzthonorare und verfiel in sein beliebtes Vergleichspiel. Daher schlug kein Mittel bei ihm an, und er wurde fränker und fränker.

Endlich lag er kraftlos im Bett. Er hätte Ruhe und Bettwärme wohlthunend genießen können. Aber selbst diese Wohlthat wurde ihm zur Last. In seinem Hause wohnte nämlich ein Rechtsanwalt, zu dem viele Klienten kamen. Bei jedem Klingeln fuhr Jakob nervös in die Höhe. Nein, was der Kerl verdiente. Die Einnahmen des Rechtsanwalts beeinflussten Jakobs Herzjähigkeit auf das ungünstigste.

Schließlich verschied Jakob. Er starb am Vergleichen.

Ceipziger Kraufführung: „Der Charlatan“ von Robert Overweg. Ein handfestes, massives, ein unklarerisches, aber nicht unempfindliches Spektakel. Ein bitterer Traurigkeit und ein bitterer Spaß. Ein paar häßliche Einfälle und ein paar Blumphetten. Dies alles zusammengehalten von viel Theaterkonstruktion. . . .

Ein Dorfarzt hat einen Buben, der auch Medizin studiert hat. Dieser Bub ist ein Schläucher, ein ferner Junge. Ein Ausgefemter, der über die Art, wie der Vater die Praxis ausübt, die Pathehen überm Kopf zusammenschlägt: „Herrgott! Du machst ja bißchen einen Besuch, wo Du sechs rauschenden könntest! Du bekehrst ja die Leute, wo Du ihnen nach dem Mause reden müßtest!“ Der Vater juchzelt mit der Berufshere dazwischen. Krach. Der Bub baut im selben Dorf seine Praxis auf. Und hat den Zulauf. Den der Patienten und den vom süßen Rädel, das bis dahin der Vater liebt. Aber im dritten Akt löhnt er sich mit dem Jungen dennoch aus.

Die Fabel hätte eine frisch-tasse Zerstreung werden können. Overweg wollte mehr aus ihr machen und machte dadurch weniger aus ihr. Overweg erweiterte ins Allgemeine, machte aus dem Vater nun gleich das ehrbare Prinzip des Alten, den soliden Vertreter einer versinkenden besseren Welt und aus dem Buben den sinkunruhigen Materialisten, der die Gegenwart verberpft. Rutwillig aus dem Leben herausgefihte Individuen hätten genügt. So wäre uns das peinliche Pathos gespart worden, das als Problem hinstellt, was wir uns an den Schuhsohlen abgelaufen haben. . . .

Das Gehirn unter dem Mikroskop. Die medizinische Wissenschaft, die sich heute an die schwierigsten Probleme wagt, sucht die Geheimnisse der Gehirnfunktionen und ihrer Störungen auch auf mikroskopischem Wege zu ergründen. Das ist jedoch eine komplizierte Aufgabe, die langwierige und umständliche Vorbereitungen erfordert. Das Gehirn, das mikroskopisch untersucht werden soll, wird zuerst in eine Lösung von Kalium-Bikromat gelegt. Es bleibt darin ungefähr neun Monate oder etwas länger liegen, worauf es in ein anderes Gefäß kommt, das absoluten Alkohol enthält, der dazu dient, die Hirnmasse völlig zu entwässern. Zur Präparierung

des Gehirns ist nämlich erforderlich, daß es vollständig frei von Wasser wird. Diese Prozedur nimmt ungefähr einen Monat in Anspruch. Nachdem man sicher ist, daß der Alkohol jede Spur von Feuchtigkeit aus dem Gehirn entfernt hat, wandert es in ein Gefäß mit Cellodin, eine Materie, die man dadurch erhält, daß man Salpetersäure auf Cellulose einwirken läßt. Diese Prozedur ist gleichfalls unerlässlich, da das Material durch die Einwirkung des Alkohols zu spröde geworden ist, um in dünne Scheiben geschnitten zu werden — eine Notwendigkeit für die wissenschaftliche Untersuchung. Nachdem die Hirnmasse auch mit Cellodin einige Zeit gelegen hat, kann sie mittels einer Maschine in so dünne Scheiben geschnitten werden, daß es möglich ist, Teilchen von 1/1000 Millimeter Durchmesser genau unter dem Mikroskop zu untersuchen.

Politische Demonstrationen im Theater. Menschen von Geschmack und Kultur sollten Kunst und Politik zu trennen vermögen. Kein Theater der Welt dürfte ungeeigneter für eine politische Demonstration sein, als das Haus, in dem einst Goethe herr war, das Haus, in dem das deutsche Volk sich seine Verfassung gab, das Nationaltheater in Weimar. Fast zu gleicher Zeit, in der außer Berlin Kassel eine Teil-Demonstration erlebte, welche zu Zusammenstößen führte, hat man in Weimar Büchners Bonzet in einer vorbereiteten Demonstration ausgepfiffen. Warum? Weil man die Tragödie des armen, abhängigen, verlassenen, mißbrauchten, betrogenen Mannes mit der verwirrt und doch so seinen Seele nicht begriff, und in dem Umstand, daß dieser Mann als armer Ruschkat vor einem nicht hervorragend geistvollen Offizier stramm zu stehen hat, eine Agitation gegen den Militarismus sah, die ein großer Teil des Publikums von einem jetzt lebenden „roten“ Dichter verfaßt glaubte. Armer Büchner, der du nicht lange nach Goethe starbst! — Und seine Leonore und Vena, das übermüde Märchenspiel, piff man aus, weil man in der guten alten trockenen Märchenkönigin eine Verhöhnung des verflorenen Szenariffimus erblickte.

Aus der Intendantenloge soll den Pfeisenden entgegengerufen sein: „Kinder, Ihr blamiert Euch ja bis auf die Knochen!“ Vielleicht war der Ruf von dieser Stelle nicht angebracht, aber der Mann hätte ja so recht!

Spielplanänderung. Die für Dienstag im Kleinen Theater angelegte Premiere „Das kaiserliche Band“ muß wegen Erkrankung des Hauptdarstellers verschoben werden. Karten behalten Gültigkeit.

Angeborene Lacour-Torrey (San Francisco) die bereits im vorigen Jahr in Berlin erfolgreich auftrat, gibt ihre diesjährigen Konzerte am 14. und 16. abends 7 1/2 Uhr, in der Rummelstraße Der Sturm und am 21., abends 7 1/2 Uhr, im Schwanen-Saal.

Wich Werkmeister vom Staatstheater wird am Sonnabend, den 17. abends 8 Uhr, aus bisher unverständlichen Gründen den Juanilla Sing in den Räumen der Buch- und Kunsthandlung Neuh und Gollat lesen. Eintrittskarten zu M. 1000,— und M. 500,— bei Neuh und Gollat (Steinplatz 146/7) erhältlich.

Ein Verleger als Ehrenbürger. Die Universität Bonn hat dem Verlagsbuchhändler und Schriftsteller Wilhelm Langewiesche den physischen Ehrenbürger verliehen. Langewiesche hat u. a. die nationell ausgedehnten und illustrierten „Blauen Bücher“ ins Leben gerufen, die für billiges Geld Kunst, Kultur und Bildung verbreiten.

Der betrunkene Verbindungsstudent.

Aufklärung des Jenaer Denkmalsattentats.

Weimar, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) In Jena hat vor einiger Zeit die Beschädigung des Burschenschaftsdenkmals großes Aufsehen erregt. Die nächtliche Untat wurde von Studenten und Professoren der Arbeitern zur Last gelegt, obwohl dafür gar keine Beweise vorlagen. Die Untersuchung des Falles durch den Oberstaatsanwalt hat jetzt eine völlige Klärung gebracht, durch die die Beschuldigung der Arbeiterschaft als leichtfertige Verleumdung gekennzeichnet wird. Der Denkmalschänder ist ein Verbindungsstudent Johann Paul Meyer, der die Tat nach einer Anekdote in seiner Verbindung im Zustand starker Trunkenheit beging. Zunächst hatte er nach der Aussage von Zeugen, ebenfalls Studenten, mehrere Schilder abgerissen, dann das Denkmal mit seinem Stiefel bearbeitet. Meyer gab zu, daß er in seiner Betrunkenheit auf das Denkmal kletterte, jedoch den Stiefel verlor und dabei wahrscheinlich die Fahnenstange des Denkmals abgebrochen habe. Weitere Teile des Denkmals hat er nach seinen eigenen Angaben beim Herunterklettern beschädigt. — Ruhig ließ er die Verleumdung auf der Arbeiterschaft Jenas liegen, bis er jetzt durch den Untersuchungsrichter als Täter entlarvt wurde.

Bayerische Orgesch in Thüringen.

Gera, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Nach Mitteilungen von maßgebender Stelle ist es gelungen, nunmehr auch hinter die Wachen der bayerischen Orgeschleute in Thüringen zu kommen. Seit dem November 1922 haben sie in verschiedenen Orten Thüringens Fuß gefaßt und ihre Anhänger militärisch nach Regimenter eingeteilt, ganz so, wie das in Bayern der Fall ist. Gera gehört zur 34. Hundertschaft. Ausgerüstet sind die Hiltgarder mit Gummiknüppeln, die als „Kudergummi“ aus München ankommen. Wie groß der Waffenbesitz ist, konnte nicht festgestellt werden, aber sicher ist, daß die „Ordnungsjünger“ „für alle Fälle“ ausgerüstet sind.

Bayerische Gefängnisse.

Sittlos und verlassen verrotten.

Die „rote Fahne“ veröffentlicht einen Brief, den der in der bayerischen Festung Niederschloß verstorbenen Landtagsabgeordnete Hagemeister wenige Stunden vor seinem Tode an seine Frau gerichtet hat. Der Brief — wenn er, was wir nicht bezweifeln, echt ist — beweist, daß man den todkranken Mann zweifellos nicht ohne zu wissen, was man tut, hat zugrundegehen lassen. Es heißt da u. a.:

„Ich bin direkt wie ein zu Einzelhaft Verurteilter abgefondert. Der Arzt scheint sich von diesem Mittel seiner Praxis noch die größte Wirkung zu versprechen. Deutete er doch an, daß wir uns durch das fortwährende Beisammensein meistens nur einreden, daß wir krank seien. Sonst lasse ich mir Einreibungen machen und schiebe die Wärmeflasche von einer Stelle zur anderen, immer dem ständigen Uebel folgend. Doch der Zustand will nicht besser werden. Ich verbringe meiste der Tage und Nächte schlaflos und schmerzvoll, mal im Bett, mal im Stuhl liegend. Ich bitte Dich, Sorge Dich, damit ich recht bald in geeignete Krankenhausbehandlung und Erfolg versprechende Behandlung komme.“

Weiter hat er seine Behandlung folgendermaßen geschildert: „Am Nachmittag wurde ich dann in die erwähnte Krankenstube geführt. Dies ist ein wieder zur Gefängniszelle gemachter Stübchen mit den auch hierfür unzulässigen Raummaßen des sehr leeren ersten Stockes der Kaserne. Als ich eintrat, war der Raum eiskalt. Bett an der Wand, Tisch an der Wand, Abortkübel in der Ecke, sonst gähnende Leere.“

Man begreift, weswegen die bayerischen Monarchisten im Landtag mit allen Mitteln die Bildung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu verhindern suchten.

Ein Kampf mit untauglichen Mitteln.

Gegen die französische Lügenpropaganda.

Dortmund, 12. März. Eine Reihe von Körperschaften, Vereinen und Verbänden, darunter der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund, die großen Arbeitgeberverbände und wirtschaftlichen Organisationen des Ruhrgebietes, die Handwerks- und Handwerkerkammern, die Verbände des Kohlenhandels sowie des Groß- und Kleinhandels, die Landwirtschaftskammer, die Landesverbände, die Akademikerverbände und wissenschaftlichen Vereinigungen des Ruhrbezirks erließen folgenden Aufruf:

Deutsches Volk!

Seit Wochen steht die Ruhrbevölkerung in schwerem Abwehrkampf gegen den gewalttätigen Einbruch in friedliches deutsches Land.

Die gemeinsame Not hat in allen Schichten des vergewaltigten Gebietes den großen heiligen Willen zu einem unerlöschlichen Widerstand gegen die unsern Vaterland zugehenden Todesstriche angefaßt.

In eiserner Selbstzucht stehen wir Männer und Frauen von der Ruhr treu zusammen.

Allen Mord und alle Gewalt an deutschem Gut und Blut haben nur vermocht, unseren Widerstand zu verstärken. Die Stimmung im feindlichen Lager ist deshalb nicht hoffnungsvoll. Weil brutale Maßnahmen bisher versagt haben, schlägt die französische Regierung noch einen anderen Weg ein, um die bisher unerlöschliche Ruhrfront zu durchbrechen: Zu den rohesten Gewalttaten sind raffinierte Lockungen, die politisch gefährlichsten Mittel, getreten. Durch eine ungeheure Lügenpropaganda, durch eine wachsende Flut von verlogenen Flugblättern sucht man die deutsche Kraft an der Front und in der Heimat zu verpirren, zu lähmen und zu unterwühlen. Zu den Morden an harmlosen Arbeitern, unschuldigen Kindern und pflichttreuen Beamten tritt noch der Mord an den Seelen. Der schlaue Gegner sucht die Wurzel des deutschen Widerstandes, den Glauben unseres Volkes an sich selbst, an sein Recht und seinen Erfolg durch das Gift der Zwietracht, des Kleinmutes und der Zermürbung zu zerstören. Viel saht man über die feindliche Propaganda.

Tausendfache Erfahrung geben uns das Recht, die deutsche Heimat zu warnen:

Laßt euch durch feindliche Lockungen und Lügen nicht erweichen und zermürben. Glaubt nicht den Einflüsterungen von einem Nachlassen unserer Widerstandskraft. Macht die Rechnung der Franzosen auf unseren Erstgehter — die deutsche Aneignung — zu schanden. Fest entschlossen, auszuharren, kann die Front nur dann halten, wenn die Heimat unverzagt und einmütig hinter ihr steht. Das Hinterland muß in den schweren, noch vor uns liegenden Wochen und Monaten die nie versiegende Quelle sein, aus der den Abwehrkämpfen im Industriegebiet immer neue und neue Kräfte zuströmen.

Aber es ist kein Kampf der Kanonen und Gewehre, der hier durchgeschlagen wird, sondern in erster Linie ein Kampf der Herzen und des Geistes, ein Kampf der Seele und des Gemüts.

Aus den Tiefen treu und einmütig hinter uns stehender Volks-

Erhöhung der Wohnungsbaubauabgabe.

Der Reichstag beriet in seiner Montagssitzung die Novelle zur Änderung des Gesetzes über die Wohnungsbaubauabgabe. Nach den Beschlüssen des Ausschusses soll die Wohnungsbaubauabgabe vom 1. Januar 1923 ab 1500 v. H. des Nutzungswertes vor dem Kriege betragen. Hinzukommt ein Gemeindefürschlag in gleicher Höhe, so daß im allgemeinen mit einer Wohnungsbaubauabgabe von 3000 Proz. zu rechnen ist. Neu sind in dem abgeänderten Gesetzestext u. a. die folgenden Bestimmungen: Wer nach Erlass dieses Gesetzes gewerbliche Räume neu errichtet oder neu schafft, ist verpflichtet, für einen Teil der mehrbeschäftigten Arbeiter neue Wohnräume zu erstellen. Mit der Erfüllung der Verpflichtung wird der Nutzungsberechtigte der gewerblichen Räume von der Abgabe für diese Räume frei. Mit den Einkünften aus der Wohnungsbaubauabgabe sollen gefördert werden:

1. Wohnungsneubauten, 2. die Einrichtung von Wohnungen in vorhandenen Gebäuden, z. B. durch Ein- und Umbauten, Aufstockungen und Teilung großer Wohnungen. Wohnungsneubauten dürfen mit Hilfe der Abgabe nur gefördert werden, sofern die Kosten der Bauausführung einschließlich der Baustoffe durch eine öffentlich-rechtliche Stelle festgesetzt oder geprüft werden. Die mit Hilfe der Wohnungsbaubauabgabe hergestellten Neubauten müssen außerdem dauernd im Eigentum öffentlich-rechtlicher oder gemeinnütziger Stellen verbleiben, wenn durch geeignete Maßnahmen verhindert wird, daß aus der Vermietung oder dem Verkauf ein übermäßiger Gewinn erzielt wird. In erster Linie sollen mit diesen Mitteln Kleinhausbauten mit Gärten in Stadt und Land errichtet werden. Ein angemessener Teil der aufgebrachtsten Mittel kann auch zur Unterstützung von Unternehmungen verwandt werden, die auf dem Gebiete der Baustoffherstellung, des Baustoffhandels oder der Bauunternehmungen anerkannt gemeinnützig sind. Die Befreiungsvorschriften von der Wohnungsbaubauabgabe sind im wesentlichen dieselben wie bisher. Von der Abgabe werden auf Antrag befreit: Rentempfänger, Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und sonstige Militärrentner, nichteheliche Kleinrentner, Wartegeldempfänger, Pensionäre, Witwen oder Waisen, und neu hinzugekommen sind Personen über 60 Jahre, soweit die Einkommen der genannten Schichten eine bestimmte Grenze nicht überschreiten.

Die Abgg. Silber Schmidt (Soz.), Bahr (Dem.), Korthaus (Z.), Schirmer (B. Ap.) beantragen, die Befreiung von der Abgabe bei Herstellung neuer Arbeiterwohnungen zu streichen und den Satz von 1500 Proz. nur bis Ende 1923 gelten zu lassen.

Die Abgg. Esser (Z.) und Genossen beantragen folgende Entschlüsse: Die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der unter Wahrung aller sozialen und bevölkerungspolitischen Gesichtspunkte die Schaffung einer Pflichtparafisse zwecks Kapitalbeschaffung für den Kleinwohnungsbaubau zum Ziele hat.

„Die Reichsregierung zu ersuchen, auf die Landesregierungen einzuwirken, die volle Auswirkung des Reichsmietengesetzes nicht zu erschweren oder zu verhindern, damit die Erhaltung der vorhandenen Wohnungen nach Möglichkeit gesichert wird.“

Arbeitsminister Dr. Brauns:

Die Verabschiedung dieser Novelle ist eine der größten Sorgen meines Ministeriums und der Reichsregierung gewesen. Bedeuten doch jede Verzögerung des Gesetzes eine ebensolche Verzögerung der Bautätigkeit und eine Vermehrung und Verlängerung unseres Wohnungsleides. Die Kosten für eine Wohnung von insgesamt 70 Quadratmeter sind bis Ende Dezember 1922 auf 3 bis 5 Millionen Mark gestiegen. Seitdem ist dieser Betrag noch um ein Mehrfaches gewachsen. Das hat sämtliche Finanzierungspläne längst umgestoßen und die Bautätigkeit in verhängnisvoller Weise gehemmt und teilweise vollständig lahmgelegt. Wenn wir nicht mit größter Eile und größter Anspannung aller Kräfte ganz beträchtliche Mittel zum Bauen schaffen, so steht

das Bau- und Wohnungswesen geradezu vor einer Katastrophe.

Daß wir die Bautätigkeit einstellen können, kann erstlich überhaupt gar nicht erinogen werden. Die Wohnungsnot löst sich fürchterlich auf fast allen Schichten unseres Volkes, daß dies ausgeschlossen ist. Daß die Wohnungsbaubauabgabe den Expansions der Finanzierung bildet, dürfte heute wohl unbestritten sein. Es fragt sich nicht mehr, ob sie erhoben werden soll, sondern wie hoch sie sein soll. Zu diesem Zweck müssen wir einen Betrag finden, der wenigstens ein ganz beschleunigtes Bauprogramm ermöglicht und noch von der Wirtschaft getragen werden kann. In der letzten Zeit haben wir wiederholt Vorwürfe hören müssen, daß die Regierung mit ihrer Vorlage zu zaghaft gewesen sei. Wir geben jetzt gern der vom Ausschuss vorgeschlagenen Erhöhung auf 3000 Proz. unsere Zustimmung. Dieser Satz stellt das Mindestmaß der Wohnungsbaubauabgabe dar.

Abg. Silber Schmidt (Soz.):

Das Baugewerbe ist durch den Gang der Ereignisse seit 1914 den Gewerben zugefallen, von deren Erhaltung Wohl und Wehe des deutschen Volkes in erster Linie mit abhängt. Die Stilllegung des Wohnungsbaues würde für unser ganzes Wirtschaftsleben geradezu katastrophale Folgen haben. Darum behält auch die Sozialdemokratische Partei die Notwendigkeit der Wohnungsbaubauabgabe. Jetztzeit und für die nächste Zukunft ist die Fortführung des Wohnungsbaues aus privaten Mitteln nicht zu erwarten. Die Baustoffen sind heute auf das Zwei- bis Dreifache des Friedenspreises gestiegen und die freie Wohnungswirtschaft würde auch die Mietpreise in den alten Wohnhäusern auf eine unerträgliche Höhe treiben. Der Wohnungsmangel und die Wohnungsnot sind aber so drückend, daß wir zwangsläufig zur Errichtung neuer Wohnungen mit Unterstützung öffentlicher Mittel haben übergehen müssen. Die aufgebrachtsten Mittel müssen natürlich sparsam und nicht etwa zum Ruhen und zur Bereicherung verwendet werden. In dieser Beziehung herrscht im Volke ein sehr starkes Vorurteil, namentlich gegen die Baustoffindustrie und den Baustoff-

handel und dieses Vorurteil findet reichliche Nahrung an der Steigerung der Baustoffpreise im Verhältnis zur Lohnsteigerung. Die Baustoffpreise sind noch zu einer Zeit weiter gestiegen als die Löhne schon zurückgegangen waren. Darüber herrscht allgemeine Empörung und mit Recht werden Garantien gegen solche private Bereicherung aus öffentlichen Mitteln verlangt. Es darf nicht mehr vorkommen, daß mit aus öffentlichen Mitteln errichteten Gebäuden ein schwunghafter Handel getrieben wird und riesige Buchergewinne erzielt werden. Die Wohnungsbaubauabgabe allein reicht aber nicht aus, um das Baumwesen so wirksam zu fördern, wie es durchaus geschehen muß. Im einzelnen hat es auch diesem Grunde im Ausschuss nicht gelingen wollen, den Entwurf von Bestimmungen freizuhalten, die mit dem Begriff des Wohnungsbaues als öffentlich-rechtlicher Angelegenheit

nicht zu vereinbaren sind. Wird die Regierung der neuen Belastung, die die Wohnungsbaubauabgabe der Beamtenschaft auferlegt, durch eine Gehaltserhöhung entgegenkommen? Wir müssen auch darüber Aufklärung von der Regierung haben, ob sie Maßnahmen zur Verbilligung des Wohnungsbaues und zur Eröffnung neuer Geldquellen zur weiteren Förderung des Wohnungsbaues ungenutzt in die Wege leiten will. Von der befriedigenden Antwort auf diese Fragen wird unsere Zustimmung abhängen. Die Wohnungsfrage ist keine Partei-, sondern eine Kulturfrage, das ist auch die Auffassung der Arbeiter. Dem Baugewerbe darf der Reichstagsbeschluss nicht genommen werden. Wenn der vorläufige Reichswirtschaftsrat eine derartige Bestimmung in das Arbeitszeitgesetz hineingeschrieben hat, so erzeugt er damit das Gegenteil von Arbeitsfreudigkeit. Regierung und Reichstag müssen dafür sorgen, daß ein Kampf der Bauarbeiterschaft um diese Ertragsquelle gar nicht erst auszubringen braucht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Korthaus (Z.): Wir befinden uns in einer Notlage. Eine schwere Sorge ist die Instandhaltung der alten Wohnungen, die dem Verfall ausgelegt sind. Darum schlägt die Zentrumsfraktion eine Entschärfung vor, wonach das Reichsmietengesetz überall rückwärts durchzuführen ist. Ich verspreche mir von der Erhöhung der Abgabe nicht die psychologische Wirkung wie der Redner, wenn auch die überwiegende Mehrheit meiner Fraktion für die Vorlage stimmen wird, sind wir doch nicht der Meinung, daß die Herstellung von Wohnungen jetzt öffentlich-rechtlichen Charakter haben muß. Im Gegenteil, wir kommen aus der Wohnungsnot nicht heraus, wenn nicht die freie Bautätigkeit einsetzt. Vor allem kommt es darauf an, überhaupt Wohnungen zu schaffen. Wir wäre es recht, wenn wir noch über dreitausend Prozent hinausgehen könnten; aber das würde das Gesetz gefährden.

Abg. Leopold (Nat.): Man hätte rascher die Mieten steigern müssen, um die zu gewaltige Differenz zwischen dem Preise alter und neuer Wohnungen mehr auszugleichen. Ich rede damit der freien Wirtschaft nicht unbedingt das Wort, aber dem Hausbesitz hätte größeres Entgegenkommen gezeigt werden müssen. Hier von einer Heindschaft des Kapitals gegen die Arbeiterschaft zu sprechen, ist geradezu töricht; das Kapital ist auf diesem Gebiet der treueste Freund des Arbeiters.

Von besonderer Bedeutung ist für uns die Befristung der Höhe der Wohnungsbaubauabgabe auf 2 Jahre. Es ist unmöglich, auf lange Zeit vor auszusehen, welche Beträge für die Erhaltung der alten Häuser erforderlich sein werden. Wir müssen nur Mittel bewilligen, um die begonnenen Neubauten fertigzustellen und Umbauten zu ermöglichen. Wir können nur 750 Proz. bewilligen; reichen diese Mittel nicht aus, so muß das Reich mit seinen Mitteln eingreifen, anstatt die Privaten zu belasten. Indirekt muß das Reich doch für die Wohnungsbaubauabgabe mit beitragen, da die Belastung der Beamten und Arbeiter durch höhere Gehälter und Löhne ausgeglichen werden muß.

Abg. Dr. Macek (D. Ap.): Die Wohnungsbaubauabgabe belastet die Bevölkerung schwer, aber die Hausbesitzer sind diejenigen, die am meisten leiden. Im Verhältnis zum Arbeitslohn ist die Abgabe immerhin gering, und die Wohnungsnot ist so gewaltig, daß dagegen etwas getan werden muß, und zwar durch die alten Mieter zugunsten der vielen tausend Wohnungsuchenden, die keine Wohnung finden können. Das beste Mittel gegen die Wohnungsnot ist die freie Wirtschaft (Widerspruch links), die Zwangswirtschaft hat jedenfalls die nötige Zahl von Wohnungen nicht herstellen können. Es gibt nur zwei Mittel der Abhilfe: entweder staatliche Zuschüsse oder die freie Wirtschaft, die aber nur wieder eingeführt werden kann, wenn die Mieten so hoch sind, daß die Häuser rentabel sind. Die Mieter müssen daran gewöhnt werden, höhere Mieten zu zahlen, aber diese Gewöhnung wird nur möglich sein, wenn die Mieter sich bewußt sind, dem Interesse der Allgemeinheit und der Schaffung neuer Wohnungen zu dienen.

Abg. Bahr (Dem.): Bisher haben die Inhaber der alten Wohnungen zur Milderung der Wohnungsnot nicht im notwendigen Maße beigetragen. Aber auch wenn alle Hindernisse, die die Zwangswirtschaft mit sich brachte, nicht vorhanden gewesen wären, hätte sich der eingetretene Wohnungsmangel keineswegs mit einem Schlag beseitigen lassen. Bei der furchtbaren Geldentwertung ist es vollends unmöglich, dieses Wohnungsleides Herr zu werden; es handelt sich ja nicht um 1/4 Millionen Mark, sondern um 1 1/2 Millionen Familien, um vielleicht 5 bis 6 Millionen Individuen, die ohne Wohnung sind. Ein Fortschritt kann erfolgen, wenn man auch die Hauseigentümer mehr an der Abstellung des Wohnungsnots zu interessieren sich entschließt. Eine derartige Interessierung hat der Ausschuss auch hinsichtlich der Arbeitgeber beabsichtigt, welche Arbeiterwohnungen zu erbauen beabsichtigen. Die Kosten, die für Arbeitslosigkeit aufzuwenden wären, wenn überhaupt nicht mehr gebaut werden könnte, würden weit höher sein, als die erhöhte Wohnungsbaubauabgabe. Wir brauchen auch hier bitter notwendig eine Einheitsfront. (Beifall bei den Demokraten.)

Nach 17 Uhr wird die Beratung auf Dienstag nachmittag 2 Uhr vertagt. Vorher kleinere Vorlagen, namentlich Fortsetzung der zweiten Lesung des Gesetzes betr. Anpassung der Steuergesetze an die Geldentwertung.

gemeinschaft muß uns der stärkende Strom von Glaube und Antrieb, von Trost und Hoffnung ununterbrochen zuströmen, wenn wir unser rechtes Endziel erreichen wollen.

Deutsche Heimat! Wir stehen hier den entscheidenden Kampf zwischen dem entworfenen Deutschland und dem in Waffen starrenden Frankreich aus. Vergeht nicht die bestialischen Worte unseres Todfeindes Clemenceau, daß 20 Millionen Deutsche zuviel leben.

In diesem Ringen um Sein oder Nichtsein, um Freiheit oder Sklaverei laßt uns den Ruf nach Einigkeit und Unterstützung mit allen Kräften einen mächtigen Widerhall in euren Herzen finden.

Büdet hinter uns eine geschlossene Front, auf die wir uns stützen können.

Halte uns die Treue, unser Schicksal ist auch dein Schicksal, unser Tod ist auch dein Tod, aber unser Sieg ist auch dein Sieg.

Die Brüsseler Konferenz eröffnet.

Brüssel, 12. März. (G.) Heute vormittag 10,30 Uhr trat aus Düsseldorf der französische Kriegsminister Maginot in Begleitung des Generals Degoutie in Brüssel ein. Maginot hatte sofort eine Besprechung mit den belgischen Landesverteidigungsministeren Devoge. Mittags fanden sich die französischen Vertreter zusammen mit Theunis, Jaspar und dem belgischen Eisenbahnminister

Reusan zum Frühstück bei dem französischen Botschafter Herbette ein. Um 12,30 Uhr traf Poincaré mit dem französischen Minister für öffentliche Arbeiten Le Troquer und dem Direktor für politische Angelegenheiten auf dem Quai d'Orléans, Pirelli della Rocca in Brüssel ein, worauf um 2 Uhr die offiziellen Besprechungen ihren Anfang nahmen.

Warum Benesch nicht vermitteln darf.

Wien, 12. März. (U.) Das „Neue Wiener Journal“ veröffentlicht in großer Aufmachung eine Erklärung des tschechoslowakischen Außenministers Benesch, in welcher dieser feststellt, man sei tatsächlich an ihn herangerufen worden hinsichtlich einer Intervention; er könne aber dieser Anregung nicht folgen, weil Frankreich erst vor kürzester Zeit seinen Verbündeten notified, daß es jeden Versuch einer Vermittlung als feindseligen Akt gegen sich betrachte.

Es scheint nun, daß Benesch nach Paris eine Note geschickt hat, in der er aufmerksam macht, daß die Anregung einer Intervention an ihn herangerufen sei und gleichzeitig feststellt, daß er angesichts der seinerzeitigen Erklärung Frankreichs eine Intervention nicht durchführen könne. In politischen Kreisen glaubt man, daß diese Ausbeugung Benesch geradezu den Zweck hat, in Paris anzufügen, ob die damalige Meinung über eine Intervention auch heute noch gilt. Man glaubt nicht, daß Benesch damit die Intervention als solche schon zurückgewiesen hat.

Gewerkschaftsbewegung

Arbeitslosigkeit und Markentwertung.

Bisher galt es in den bürgerlichen Wirtschaftskreisen, des In- und Auslandes als ein unumstößliches Dogma, daß die Geldentwertung Hand in Hand gehe mit einem hohen Beschäftigungsgrad, daß im Gegenteil die Stabilisierung einer Währung Arbeitslosigkeit im Gefolge habe. Diese Behauptung, die sich auf Erscheinungen der Nachkriegsperiode stützt, ohne diesen Erscheinungen auf den Grund zu gehen, stand im Widerspruch mit allen Beobachtungen der normalen Wirtschaftsführung vor dem Kriege. Die Länder mit stabiler Währung und gut fundierten Finanzen hatten auch immer eine gesunde Wirtschaft. Die Raffle-Politik der Nachkriegsperiode, wie sie durch die angeblichen Friedensverträge eingeleitet wurde, ist in Wirklichkeit Raubbauwirtschaft auf Kosten der technischen Entwicklung und einer rationalen Betriebsführung, wie auf Kosten der Verbrauchermaßen. An Stelle der scharfen Kalkulation tritt der Preiswucher der Spekulation. Der Rückschlag ist unvermeidlich.

Das Beispiel Polens und Desterreichs — ganz abgesehen von Sowjetrußland — zeigt bereits, daß die Geldentwertung kein Heilmittel, sondern ein zweischneidiges Schwert ist, das schließlich den Verlierer, der es gebraucht. Wie unsere beiden untenstehenden Tabellen zeigen, ist nun auch Deutschland in die Reihe der Verlierer getreten, wo die Geldentwertung Hand in Hand geht mit der Arbeitslosigkeit.



Bemerkenswert ist nicht allein die Tatsache, daß seit Juli 1922 die Arbeitslosigkeit sich fast automatisch der Entwertung der Mark anpaßt, sondern auch die Parallelentwicklung der Lebenshaltungskosten. Und diese erklärt zum guten Teil die Arbeitslosigkeit. Mit der Steigerung der Lebenshaltungskosten entwerfen sich alle Arbeitseinkommen wie überhaupt alle Einkommen, die nicht aus dem Verkauf von Waren herrühren. Diese Entwertung ist gleichbedeutend mit der Ausschöpfung der Kaufkraft der Konsumenten. Mit dem Rückgang des Verbrauchs muß ein Rückgang der Produktion eintreten. Die daraus folgende Arbeitslosigkeit — durch Entlassungen oder Kurzarbeit — hat eine weitere Verminderung des Verbrauchs zur Folge. Die Krise verschärft sich.

Dieser Rückgang des Verbrauchs muß auf die Dauer auch das Auslandsgeschäft ungünstig beeinflussen. Wie der Inlandsverbraucher nur in dem Maße kaufen kann, in dem seine Kaufkraft erhalten oder gesteigert wird, kann auch das Ausland auf die Dauer nur in dem Maße von uns kaufen, in dem wir von ihm kaufen.

Die Industrie sucht sich gegen diese Rückschläge dadurch zu schützen, daß sie niedrige Löhne zahlt und durch Bildung von Preisringen die Preise hochzuhalten sucht. Beides sind aber Mittel, die die Krise nur verschärfen können. Der Streik der ausländischen Käufer auf der Leipziger Messe ist ein warnendes Signal. Die Niedrighaltung der Löhne muß die Kaufkraft der Verbraucher weiter unterhöheln. Wenn mit der Rafflewirtschaft der Nachkriegsperiode nicht schnellst möglich Schluß gemacht wird, gehen wir einer schmerzlichen wirtschaftlichen Periode entgegen, einer Periode des wirtschaftlichen Verfalls, des Massenelends und der permanenten Arbeitslosigkeit.

Sozialfürsorge und soziale Wahlen.

Das Reichsarbeitsministerium hat auf Grund des Reichsgesetzes vom 24. Februar 1923 eine Verordnung über Sozial- und Kleinrentnerfürsorge und soziale Wahlen erlassen. Danach werden mit Wirkung vom 1. März 1923 für das besetzte Gebiet und das Einbruchgebiet die Sozial- und Kleinrentner zu zahlenden Untersuchungen auf das Doppelte erhöht. Es werden ferner für das

Reichsgebiet die Wahlen zu den Ehrenämtern der Reichsversicherung bis zum Schlusse des Monats September 1923, die Neuwahlen zu der Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebietes bis zum 31. Juli 1923 und die infolge Ablaufs der Wahlzeit erforderlichen Neuwahlen zu den Ausschüssen der Arbeitervereine im besetzten Gebiet und im Einbruchgebiet gelegenen Betriebe bis zum 31. März 1924 aufgeschoben. Mitglieder von Betriebsvertretungen, die ihre Mitgliedschaft niedergelegt haben, können innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten der Verordnung die Wiederlegung durch Erklärung gegenüber dem Arbeitgeber widerrufen, soweit nicht die Stimmabgabe abgeschlossen ist.

Stadt- und Bezirksverordnete, Magistrats- und Bezirksratsmitglieder, Bürgerdeputierte! **Versammlung**

Freitag, den 16. März, abends 6 Uhr, im Berliner Rathaus (Plenarsitzungsraum), Eingang Königstraße
Tagesordnung: Wohnungsnot und Wohnungsbau
 Referent: Reichstagsabgeordneter Silberstein
 Die Mitglieder des Bezirksvorstandes sind hierzu eingeladen
 Das Bezirkssekretariat.

Ständige Beisitzer des Schlichtungsausschusses.

Am 15., 16. und 17. März in der Zeit von morgens 8 Uhr bis abends 6 Uhr findet im Dienstgebäude des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin, Schwarnhorststr. 23, Zimmer 59, die Wahl der Kuratoriumsmitglieder statt. Da von den Christlichen eine Gegenliste eingereicht worden ist, müssen alle ständigen Beisitzer schon am 15. März ihr Wahlrecht ausüben und die Arbeitnehmersliste I „Liste Jista“ wählen.
 Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend. Allgemeiner freier Angestelltenbund. Ortsortell Groß-Berlin.

Angestelltenentlassungen durch den Magistrat.

Dem Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Im Hinblick auf die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands ist von Vertretern der Regierung den Arbeitgebern und deren Organisationen dringend empfohlen worden, von Kündigungen und Entlassungen in größerem Umfang Abstand zu nehmen. Die Reichsregierung hat ihrerseits Kündigungen von Arbeitern und Angestellten zum 31. März nicht durchgeführt. Eine Reihe von Arbeitgebern machen in dieser Frage jedoch eine Ausnahme. Zu diesen gehört auch der Magistrat der Stadt Berlin. Ein Antrag des Zentralverbandes der Angestellten, die zum 31. März ausgesprochenen Kündigungen von Angestellten zurückzunehmen, ist durch den Magistrat abgelehnt worden. Das findet seine Erklärung darin, daß die Zahl der Beamten in Berlin von 25 000 auf 33 000 angewachsen ist. Die Kosten dieser Beamtenmehrung sollen die Angestellten des Magistrats zahlen. Soll innerhalb der Gemeinde Berlin eine Entlastung des Verwaltungsapparates eintreten, dann müßte für eine Reihe von Jahren der Zustrom neuer Beamten unterbunden werden. Vielleicht überlegt sich der Magistrat einmal, ob nicht dieser Weg richtiger wäre, als daß man ständig Angestellte auf Privatdienstvertrag zugunsten neu geschaffener Beamten entläßt und damit diese Angestellten dem Elend preisgibt.

Sind die Eisenbahner Hörige der SPD?

Die „Rote Fahne“ spielt sich als Hüter der Einheit und des Selbstbestimmungsrechts im DGB auf. Ganz besonders laut erhebt nunmehr die SPD ein Geschrei, nachdem der Verbandsvorstand, der bekanntlich das Bestätigungsrecht hat, der mit fünf Stimmen Mehrheit gewählten SPD-Ortsverwaltung die Bestätigung verweigert. Dieser Akt bedeutet nach der „Roten Fahne“ selbstverständlich Verrat der Mitgliederinteressen. Man verschweigt dabei willentlich, daß der Münchener Verbandstag, der kaum ein halbes Jahr verstrichen ist und der doch die Willensmeinung der Mitglieder zum Ausdruck brachte, dem Verbandsvorstand ausdrücklich das Bestätigungsrecht übertragen hat. Ebenfalls wurde die bisher gefolgte Politik in der Bestätigungsfrage ausdrücklich gebilligt.

Vielleicht läßt sich die Meinung von Verbandsmitgliedern hören, die absolut nichts mit dem Treiben der Kommunisten in den Gewerkschaften zu tun haben wollen, daß der Vorstand die SPD-Deute doch einmal bestätigen sollte, damit sie Gelegenheit bekommen, in der Praxis an ihren Thesen zu zerbrechen. Diesem Gedanken liegt leider zu sehr eine gewisse Schadenfreude zugrunde, von der man sich in Gewerkschaftsdingen fernhalten muß, da hier höhere Interessen schwalten müssen. Es muß dem Vorstand die Anerkennung gezollt werden, nachdem er die Nichtbestätigung auf sachlich einwandfreie Gründe stützt, daß er tatsächliche Rückschlüsse nicht anwendet. Abgesehen von den statistischen Gründen, würde es der Vorstand auch nicht verantworten, die Berliner Ortsgruppe zu einer Filiale der SPD. werden zu lassen. Daß dem so ist, das beweisen die kommunalistischen Leitfäden für die Tätigkeit in den Gewerkschaften, das beweist eine Einladung, die die „Rote Fahne“ sofort nach der Generalversammlung brachte, die die gewählte Ortsverwaltung zu einer Sitzung mit der SPD-Fraktion aufforderte. Die SPD-Fraktion ist natürlich die Rosenholzer Straße, dort werden die Parolen geschnitten, die den Eisenbahnern zum Heile gereichen sollen. Daß dem so ist, das beweist eine Bemerkung der Redaktionskommission von „Taktik und Organisation“ in Nr. 569 der „Roten Fahne“ vom 23. Dezember 1922, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Ausführungen des Genossen Gollnick über Fraktionsbildung halten wir deshalb für völlig verfehlt, weil selbstverständlich jede Fraktion der Kommunisten von der politischen Leitung überwacht und auch geleitet werden muß, wo das nötig ist.“

Weshalb drum also das Geschrei über Nichtachtung des Bestimmungsrechts der Mitglieder, wenn die verantwortlichen Verbandsinstanzen es nicht zugeben, daß die Gewerkschaftsmitglieder unter das Protektorat der SPD. gestellt werden?

Welche Blüten die „Opposition“ in die bisherige Ortsverwaltung belegiert hatte, ging recht drastisch in einer Sitzung der erweiterten Verwaltung hervor. Verlangte da nicht anlässlich des Umbaus des Verbandshauses das Verwaltungsmittglied Schulze, daß die entstandenen Kosten von den Mietern aufzubringen seien, obwohl die Mieter mit dem Bau nichts zu tun hatten! So geht es, wenn man lediglich nach der Parteiloyalität sieht und nicht nach der Qualität der einzelnen Genossen.

Wie verlegen man überhaupt um Kräfte auf der oppositionellen Seite ist, das beweist, daß sie zum Schriftführer einen SPD-Mann heranzog, der sich erst in diesem Jahre zur Annahme eines Funktionärpostens bereit erklärte, nachdem er bisher jeder Arbeit für die Organisation aus dem Wege gegangen war. Und da will man sich ernsthaft darüber entrüsten, daß der Vorstand die Bestätigung dieser Hilfe von oppositioneller Ortsverwaltung verweigert. Jeder ehrlich überzeugte freigewerkschaftliche Eisenbahner muß den jetzt offen heraus tretenden Organisationszertrümmern mit Entschiedenheit entgegen treten.

Mit dem in der „Roten Fahne“ vom 10. März beknagten Beschlusse der Jahreshilfe Berlin I, bei dem sich leider ein größerer Teil der Stimme enthalten hat, wird deutlich kundgetan, wie von den Inspiratoren der SPD. durch Beitragsperre auf die Zertrümmerung der Organisation hingewirkt wird. Eisenbahner, es geht um die Einheit der Organisation!

Photographeneulend.

Dazu wird uns geschrieben: Der Hundertste weiß oft nicht, wie sich der Neumundneuzugst ernährt. Dieses Sprichwort trifft sicher auf die Photographeneulenschaft zu. Bei den letzten Lohnverhandlungen, die für die Photographen vom Gehilfenausschuss mit der Berliner Photographenzwangsanstalt am 27. Februar stattfanden, wurden folgende Löhne vereinbart: Im 2. Gehilfenjahr 17 170 M., im 3. und 4. Gehilfenjahr 20 200 M., im 5. und 6. Gehilfenjahr 22 725 M., im 7. Gehilfenjahr und nach längerer Gehilfenstätigkeit 25 250 M., für Spezialarbeiter 32 825 M. und für Aufnahmeoperatoren 35 850 M. Weibliche Arbeitskräfte erhalten noch 10 Proz. weniger. Wenn man auch zugeben muß, daß das Gewerbe unter der Teuerung der Materialien sowie dem starken Produktionsrückgang außerordentlich zu leiden hat, ist die Festsetzung solcher Löhne ein Skandal. Dabei ist zu bedenken, daß die doch meist qualifizierten Arbeitskräfte anscheinend gegenüber dem Publikum gegenüber treten sollen. Noch standhafter erscheinen diese Löhne, wenn man weiß, daß die Mieterinhaber selbst zugeben, daß sie die Preise für die Bilder um das Zweifache bis Viertausendfache gegen die Friedenspreise erhöht haben. Die Löhne sind aber noch nicht einmal um das Tausendfache erhöht. Ob diesen Arbeitgebern nicht selbst das Unwürdige ihrer Handlung zum Bewußtsein kommt? Wenn sich deshalb die Gehilfenschaft auf manchmal unehrliche Weise Nebeneinnahmen verschafft, ist dies wahrlich nicht zu verwundern oder gar zu verurteilen. Der Hunger treibt sie dazu.

Wenn dann noch feinerzeit der Demobilismachungskommissar sich nicht aufschwingen konnte, einigermaßen ausgleichende Löhne für verbindlich zu erklären, weil angeblich kein allgemeines Interesse vorliegt, muß man sich doch fragen, ob die Arbeiter und Arbeiterinnen erst vorhungern oder dem Verbrechen in die Arme getrieben werden müssen. Durch die Organisation allein ist dies bei der niedergehenden Konjunktur nicht zu verhindern.

Die Löhne der Graveure und Ziseleure. Die Reichsbahn-Löhne für Berlin betragen an der Lohnwoche, in die der 5. März fällt, 12. März fällt, für Graveure und Ziseleure im ersten Jahre nach der Lehre ab 5. März 1890 M., ab 12. März 1400 M., bis zu 22 Jahren 1400 bzw. 1500 M., über 22 bis 24 Jahre 1510 bzw. 1810 M., über 24 Jahre 1000 bzw. 1700 M.; Hilfsarbeiter über 18 bis 19 Jahre 1340 M. bzw. 1440 M., über 20 bis 21 Jahre 1370 bzw. 1470 M., über 22 bis 24 Jahre 1410 bzw. 1510 M., über 24 Jahre 1480 bzw. 1580 M. Gelehrte Arbeiterinnen erhalten 70 Proz., ungelernete 60 Proz. der Löhne der Hilfsarbeiter der jeweiligen Jahresklassen. Die Löhne der Hilfsarbeiter unter 18 Jahren werden im gleichen Verhältnis erhöht. Die nächsten Verhandlungen finden am 19. März statt.

Für die Ruhrhilfe waren bei dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund der Freien Stadt Danzig bis zum 3. März 1 528 064 M. eingegangen und bei der Ortsverwaltung des DGB. 679 560 M. Die Sammlungen werden fortgesetzt.

Die Bauarbeiter im Saargebiet fordern einen Stundenlohn von drei Franken für gelehrte und 2,90 Franken für ungelernete Arbeiter. Die Arbeitgeber boten 1,70 Fr. und 1,40 Fr. Das Angebot wurde einstimmig abgelehnt und neue Verhandlungen in den ersten Tagen dieser Woche gefordert. Es besteht die Gefahr eines Streiks.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Wilhelms Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Gluck, Berlin. Verlag: Kommando-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Verwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Über 1 Blatt.

Beim Krafffahren Geld sparen!

Größte Haltbarkeit, Elastizität u. Betriebsstoff-Ersparnis machen

Continental

Cord

zum wirklich billigen Reifen.

BLITZMADEL

SEIFEN-PULVER

für die große Wäsche u. den Hausputz

HERVORRAGENDE REINIGUNGSKRAFT!

HERSTELLERIN: SUNLICHT GESELLSCHAFT A.G. MANNHEIM-BHEINAU

Die Giftmischerinnen.

Zerrüttete Ehen.

Nach Ausschluß der Öffentlichkeit schildert Frau Klein die Zumutungen, die ihr Ehemann ihr gestellt hatte. Ihr Gatte sei so groß gewesen, daß sie nichts essen konnte, und sie habe keinen Ausweg mehr gewußt. Als sie ihren Mann ein zweites Mal verlassen, habe er sie mit Dolch und Gummi-Linupel so in Furcht und Schrecken versetzt, daß sie wieder zu ihm zurückgekehrt sei. Vorl.: „Sie hoben sich doch dann aber wieder ausgeföhnt?“ — Angekl.: „Ja, 14 Tage lang ging es sehr gut. Er hielt aber sein Wort nicht. Wenn er betrunken war, kam er immer wieder mit seinen elchhaften Anträgen. Sodann berichtet die Angeklagte über die Freundschaft mit Frau Rebbe, die sich allmählich entwickelt und zu einem Liebesverhältnis gestaltet habe. „Obwohl Rebbe“, so erklärt die Angeklagte, „mir das Haus verbot, kam ich immer wieder in seiner Wohnung hin. Mein Mann hatte mich damals ganz dumm geschlagen, so daß ich nicht wußte, was ich tat. Wenn ich heute die Briefe, wie sie in der Anklageschrift stehen, lese, dann ist mir unverständlich, wie ich so etwas schreiben konnte. Ich war nun so in Verzweiflung, daß ich auf den Gedanken kam, meinen Mann beiseite zu schaffen. Ich hatte nur, wenn er mich immer schlug und ich sah, daß er kein Herz für mich hatte, den Gedanken bei Tag und Nacht: Frei, frei, frei!“ — Der Verteidiger überreicht dem Gericht einen langen Dolch, den Klein immer unter dem Kopfkissen gehabt haben soll.

Die Angeklagte behauptet, ihr Mann habe sie immer damit bedroht. In der Trunkenheit habe er häufig die Lebensmittel mit Petroleum begossen. Er habe sie mitunter bis zur Bewußtlosigkeit unter den Fußsohlen geföhnt. Als sie sich ein Kind wünschte, habe er erklärt, das gebe es nicht, das Kind würde sofort „auf Eis“ gelegt. Vorstehender: „Von wem ist die Anregung zu dem Liebesverhältnis ausgegangen?“ Angekl.: „Von Frau Rebbe.“ Die Angeklagte Rebbe gibt des auch zu. Vorl.: „Frau Rebbe, Ihnen wird vorgeworfen, daß Sie in gleicher Weise verfuhrten, indem Sie Ihrem Ehemann Gift beizubringen. Sie haben sich von einer Kartentagerin, Frau Geist, Gift besorgen lassen, aber das Pulver, das Sie von Frau Geist erhielten, war gar kein Gift.“ Die Angeklagte Rebbe gibt, ehe sie sich auf die Schuldfrage äußert, in sehr weisheitsvoller Weise ein Bild ihres Ehelebens und stellt ihren Mann in dem schäuflichsten Licht hin. Die Angeklagte Rebbe bekennt, gewußt zu haben, daß Frau Klein ihren Mann ermorden wollte. Vorl.: „Haben Sie nun Ihrem Mann etwas in die Speisen gemischt? Haben Sie ihm nicht einmal Salzsäure gegeben?“ Angekl.: „Ich habe nichts Böses gegen meinen Mann getan. Die Sache mit der Salzsäure beruht auf einem Keinen Versehen.“ Die dritte Angeklagte, Frau Marie Riemer, die Mutter der Frau Rebbe, bekennt unter Tränen, gewußt zu haben, daß Frau Klein sich Gift besorgte und auch, daß ihre Tochter von der Kartentagerin ein Mittel erhielt, um ihren eigenen Mann zu vergiften. Wenn sie Kenntnis davon gehabt hätte, dann hätte sie als alte Frau dafür geföhrt, daß die Unheil verhütet wurde. Sie schildert die beiden Ehen ebenfalls als sehr unglücklich. Bei der Vernehmung der alten Mutter des verstorbenen Kleins kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Die alte Frau Klein stellte ihrem Sohn das beste Zeugnis aus und beklagte im Gegenlag zu ihrer Schwiegertochter, daß ihr Sohn seine Frau geliebt und gut behandelt habe. Ihre Schwiegertochter habe ihr eines Morgens vergifteten Kaffee förmlich aufgedrängt. Als sie davon kostete, sei ihr die Zunge und die Rippen bis angeschwollen. Als die Angeklagte Klein ihr den Tod ihres Mannes mitteilte, will sie der Klein sofort gesagt haben: „Du bist es, die ihn unter die Erde gebracht hat.“ „Ich aber“, so fuhr die Zeugin fort, „hätte, solange ich noch einen Tropfen Blut im Herzen hatte, nicht gerührt, bis alles ans Tageslicht gekommen wäre. Es war mein liebster Sohn und wir lebten in Glück und Frieden. Da kam die Frau dazwischen und stiftete Unheil.“ Die alte Frau Klein wurde dann von Rechtsanwält Dr. Arthur Brandt in ein Kreuzfeuer von Fragen genommen, die alle darauf hinausliefen, daß die Zeugin, der Wahrheit widersprechend, angegeben habe, ihr Sohn habe sich sehr gut mit ihr geföhnt. Der Verteidiger hielt ihr vor, daß sie von dem eigenen Sohn mit den niedrigsten Schimpfwörtern belegt worden sein soll, was jedoch von der Zeugin im großen und ganzen bestritten wird. Die Angeklagte Frau Riemer bemerkt dazu, daß Klein von seiner Mutter immer als von „der Alten mit dem Spitzbubengesicht“ gesprochen habe. Die Kartentagerin, Frau Geist, ein 75jähriges verheiratetes Frauen, konnte zur Sache nichts beibringen. Der Droßig Weber beklagte, daß die Angeklagte Klein zu ihm

gekommen sei und etwas zur „Vertilgung von Ratten“ verlangt habe. Er habe ihr Rattentuchen verkauft und ihr später ein Arsenpulver gegeben, habe ihr aber nicht gesagt, daß es Arsenik sei. Der Chemann Rebbe wurde eingehend über sein Eheleben befragt und mußte schließlich, nachdem er es anfangs bestritten hatte, die Behauptung der Angeklagten bestätigen, daß er ihr eine Reihe von anormalen Zumutungen gestellt habe. Er gibt noch auf Befragen an, daß er selbst nichts davon gemerkt habe, daß seine Frau ihm Gift beigebracht habe. Später habe er dann nur von den Sachverständigen gehört, daß bei der Untersuchung in seinen Haarwurzeln Arsenik gefunden worden sei. Es folgten dann mehrere Zeugen, die über das Zusammenleben des Kleinschen Ehepaares vernommen wurden. Verschiedene Zeugen beklagten, daß Klein sehr gemüßigt war und seine Frau häufig mißhandelt habe. — Gegen 6 Uhr abends wurde die Verhandlung auf Dienstag morgen 9 Uhr vertagt.

Abgeblüht!

Nach stundenlanger Beratung ist der städtische Ausschuß zur Untersuchung des Geschäftsgebührens der Berliner Brennstoff-Zentrale einstimmig zu dem Ergebnis gekommen, daß gegen die Geschäftsleitung keinerlei Vorwürfe erhoben werden können. Mit dem Stimm der Linken wurde ein bürgerlicher Antrag abgelehnt, der entgegen den Satzungen der BZ, dieser verbieten wollte, auch an private Kunden Kohlen zu liefern. Angenommen wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der eine Trennung zwischen Kohlenamt und BZ, wünscht und den Magistrat auffordert, Notstandsaktionen zur Belieferung Minderbemittelter mit billigen Brennstoffen getrennt von dem laufenden Geschäftsbetrieb der BZ, durchzuführen. Die bürgerlichen Parteien standen in dem Kampf um den dreimal heiligen Profit, mit Ausnahme des Zentrums, geschlossen zusammen. Beiseite darf ein städtisches Unternehmen nicht an private liefern. Städtische Unternehmungen sind zwar grundsätzlich alle „schlecht geleitet“, aber trotzdem machen alle solche „schlecht geleiteten Unternehmen“, die dauernd „vor dem Bankrott stehen“, dem privaten Handel eine ganz gefährliche Konkurrenz. Deshalb müssen auch die schmutzigsten Pressenangriffe erhalten, um diese Konkurrenz klein zu kriegen. Bewundernswert war die Seelenruhe, mit der ein Vertreter des Kohlenhandels erklärte, die persönlichen Angriffe, die bei einem solchen Kampf „unvermeidlich“ seien, würden natürlich sofort eingestellt werden, wenn die Stadt ihnen keine Konkurrenz mehr macht. Bei der Abstimmung in der Stadtverordnetenversammlung wird es aber zweifellos sich nur um wenige Stimmen handeln, die in dieser für die Bevölkerung so wichtigen Frage ausschlaggebend sein werden. Uebrigens hat die BZ, des Geschäftsjahr 1922 mit einem Reingewinn von rund einer Milliarde abgeschlossen, der sonst natürlich in private Taschen geflossen wäre.

Schmelzlots statt Gastlots. Die zuständigen Aufsichtsbehörden gehen jetzt mit beachtenswerter Schärfe gegen solche Kohlenhändler vor, die in wucherischer Ufficht Ware zurückhalten. So ist jetzt dem Kohlenhändler Ernst Schulte, Westend, Lindenallee 4, die Handelserlaubnis entzogen worden. Der Händler war bereits im vorigen Jahre vom Bürgergericht zu 5000 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil er Preiskarten an gutzahlende Kunden ohne Karten abgegeben hatte. Durch Beamte des Ueberwachungsamtes wurde ein Kohlenhändler aus Neukölln abgefaßt, der in der Gosorstraße 70 Zentner Gastlots aufzuladen und sie am Kurfürstendam als niederländischen Schmelzlots verkauft hatte. Der Händler hatte das Gewicht der Kohlenmenge auf 95 Zentner angegeben und außerdem für den Gastlots den viel höheren Preis für Schmelzlots angedröhnt. Gegen den Kohlenhändler ist Strafantrag wegen Betruges gestellt worden.

Ein undankbarer Großneffe.

Von ihrem eigenen Großneffen mit Hilfe eines falschen Kriminalbeamten um ihre letzte Habe bestohlen wurde die 80 Jahre alte Witwe Marie Pohl aus der Rigaer Str. 54. Bei der Greisin, die einst bessere Tage gelebt hat, erschien kürzlich ihr Großneffe, ein 17 Jahre alter aus Aachen gebürtiger Hans Schütz, der aus der Fürsorgeanstalt entwichen ist und sich in Berlin herumtrieb, und bat um ein Unterkommen. Die Großtante hatte Mitleid mit dem Jungen und nahm ihn auf. Nach einigen Tagen verschwand er wieder und ließ sich nicht mehr von sich hören. Jetzt entdeckte die Großtante, daß er ihr aus einem Behältnis ein silbernes Schreibzeug gestohlen hatte. Nach einiger Zeit kam er abermals und wollte sich wieder bei ihr einschmeicheln, doch wurde er jetzt zurückgewiesen. Eines Tages erschien ein Mann in fedrigem Rock, der sich als Kriminalbeamter vorstellte und den

Großneffen mit sich führte. Er ersuchte die alte Frau, ihm Auskunft über ihren Großneffen zu geben. Während sich die Frau mit dem angeblichen Kriminalbeamten besprach, verließ es der junge Mensch, sich abzulassen und in die Küche zu schleichen, wo er einen Wäschekorb aufbrach. Auf ein Geräusch eilte die Frau in die Küche und der junge Mann verließ es, sich schnell zu entfernen. Nun machte sich auch der „Kriminalbeamte“ unter irgendeinem Grund „hinne“ und verschwand. Als die alte Frau ihre Sachen nachsah, entdeckte sie zu ihrem Entsetzen, daß entweder der Großneffe oder der falsche Beamte ihr ein Etuis mit ihren letzten Schmuckstücken im Werte von 2 Millionen Mark gestohlen hatten. Eine goldene Damenuhr mit langer goldener Kette, dessen Schieber 2 kleine Brillanten schmückte, einen Brillantring, einen goldenen Anhänger, 2 goldene Armbänder und 2 Brillantringe. Die beiden Diebe sind noch nicht ermittelt.

Gefälschte Ententepässe.

Ein amerikanischer Dolmetscher als Fälscher.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I begann kürzlich ein sehr interessanter Prozeß wegen Fälschung von Ausweisen und Pässen der Ententekommissionen. Angeklagt sind der frühere amerikanische Dolmetscher Berny Smith und der Schiffingenieur Erdmann Hähnel.

Im März 1922 wohnte Smith mit seiner „Freundin“ Martha Lunow in einem Hotel in der Mittelstraße. Als er nach einiger Zeit seine Hotelrechnung nicht begleichen konnte, wurde sein Koffer in Pfand genommen. Bei der Öffnung fand man Stempel und Briefbogen der Interalliierten Kommission. Bei ihrer Vernehmung erzählte die Lunow, daß Smith sehr häufig Passanweisungen ausfertigte, adgestempelt und an verschiedene Personen weitergegeben habe. Die beiden Angeklagten waren zum Teil geständig, widersprachen sich aber in ihren Angaben. Nach allem hat es den Anschein, daß von ihnen ein schwunghafter Handel mit falschen Pässen und Ausweisen betrieben worden ist. Die Pässe sollen häufig für 20 Dollar pro Stück vertrieben haben. Nach Angaben des Angeklagten Hähnel hat der Dolmetscher Smith jedesmal 1000 Mark von dem Gewinn abdelommen. Die Persönlichkeit des Hauptangeklagten Smith ist in ein mysteriöses Dunkel gehüllt. Er hatte früher angegeben, daß er 1893 in Straßburg im Elß geboren sei, und wollte amerikanischer Staatsbürger sein. Jetzt gibt er jedoch an, daß er als der uneheliche Sohn einer Näherin in Hannover zur Welt gekommen ist und den Namen Bernhard Kämpf trug. Deshalb haben auch keine Ermittlungen über Leben oder Vorstrafen des Mannes stattfinden können. Nach seinen Angaben ist er im Sommer 1919 mit den amerikanischen Truppen ins besetzte rheinische Gebiet als Dolmetscher gekommen und war zunächst in Koblenz und Mainz bei der Interalliierten Eisenbahnkommission im Range eines Obersekretärs tätig. Im Oktober 1921 kam er zur Wiedererwerbungsmission in Berlin. — Die Verteidiger bestritten, daß das Schwurgericht zuständig sei, da es sich um keine öffentlichen Urkunden handele. Sie beantragten, eine Auskunft des Auswärtigen Amtes einzuholen, daß die Interalliierte Kommission und die Britische Armee auf Grund der Ausführungsbestimmungen des Versailler Friedensvertrages nicht berechtigt wären, im besetzten Gebiet und in Deutschland Pässe auszustellen, ferner Auskunft der Interalliierten Kommission, daß die beschlagnahmten Pässe in ihrem Aussehen weitaus sich von den echten Pässen unterscheiden. Das Gericht beschloß dem Antrag entsprechend, die Sache zu vertagen und zum nächsten Termin einen Sachverständigen aus dem Auswärtigen Amt zu laden.

Polizei und Fremdenamt.

Am Freitagabend hatten wir unter dem Titel „Am Zwiespalt zwischen Justiz und Fremdenpolizei“ eine einer Korrespondenz entnommene Nachricht gebracht, nach der ein Schneider Stokowski gegen den Willen der Justizbehörden aus dem Raabiter Untersuchungsgang herausgeholt und nach dem Gefangenentage Raabitz gebracht worden war. Es hieß dann weiter: Der Verteidiger hob den außerordentlich bedenklichen Eingriff der Polizeibehörde in den Gang der Justiz hervor. Das Gericht schloß sich den Bedenken der Verteidigung an. Dazu teilte das Fremdenamt des Polizeipräsidiums mit, daß irgendwelche Differenzen mit den Justizbehörden nicht bestehen, auch völlig ausgeglichen sind. Es sei selbstverständlich, daß die Fremdenpolizei nicht über Untersuchungsgegenstände verfügen treffen und sie nicht ausweisen kann. Um einen solchen Fall handelt es sich in dem der Justiz zugrundeliegenden aber auch gar nicht. Vielmehr kommt ein altes Leichendieb in Frage, der nach Abführung seiner Gefängnisstrafe von 1 Jahr 9 Monaten und nach seiner Abschiebung in seine Heimat hier zum zweiten Male festgenommen worden war. Er wurde nach

(Nachdruck verboten. Der Wolff-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

„Aus dem amerikanischen Romanistik überföhrt von Julian Gumpert.“ „Dante“, hub die Stimme des Mannes an, „ich will euch Hochwürden Dr. Skinner vorstellen, der“, die Stimme des Mannes bebte plötzlich vor tiefer patriotischer Rührung, „gerade von dem Okkupationsheer zurückkehrt.“ Bei dem Wort „Okkupationsheer“ klatschten sie alle, als ob eine Feder berührt worden sei und schrien „hoch“. Hochwürden Dr. Skinner schaute sich die Verklammung mit lächelndem Vertrauen an und erhob die Hände um Schweigen, so daß man seine dicken, rosigen Handflächen sehen konnte. „Zuerst, meine lieben Freunde, laßt uns einen Augenblick im stillen Gebet unserem Schöpfer danken.“ Seine Stimme hob sich und fiel, als ob er wie gewöhnlich vor seiner Gemeinde gutgekleideter und gutgenährter Menschen spräche. „... weil Er uns Sicherheit gewährte und die Beruhigung unserer Betrübnisse, und laßt uns beten, auf daß Er uns gesund an Körper und rein im Herzen unserer Familien, unseren Frauen, Rüstern und denen, die voller Sorge auf unsere Rückkehr warten, wiedergebe. Und daß wir den Rest unseres Lebens im treuen Dienst unseres großen Vaterlandes verbringen werden, für dessen Sicherheit und Ruhm wir unsere Jugend als williges Opfer geboten haben. ... Laßt uns beten.“ Schweigen überzog den Raum. Andrews konnte das selbstbewußte Atem der Männer um ihn hören und das Rascheln des Schnees auf dem Zimndach. Nach einer langen Pause begann die Stimme wieder in singenden Tönen: „Vater unser, der du bist im Himmel. ... Amen!“ Nach dem Amen erhoben alle den Kopf, freudig. In räusperie sich, Stühle wurden gerückt. Man sehte sich zurecht, um zuzuhören.

„Jetzt, meine Freunde, will ich euch in kurzen Worten einen kleinen Blick in Deutschland hinein tun lassen, so daß ihr euch vorstellen könnt, wie unsere Kameraden von der Besatzungsarmee es sich unter den Humen bequem machen.“

„Ich speiste zu Weihnachten in Koblenz. Was haltet ihr davon? Wie hätte ich gedacht, daß ich Weihnachten nicht zu Hause und bei meinen Lieben sein werde. Aber noch unerwartetere Dinge passieren doch auf dieser Welt! Weihnachten in Koblenz unter der amerikanischen Flagge!“

Er hielt einen Augenblick an, um das Ende des einsehenden Klatschens abzuwarten. „Der Truthahn war fein, kann ich euch nur sagen. Ja, unseren Jungen in Deutschland, denen geht es sehr gut. Sie warten nur auf den Augenblick, um, wenn nötig, ihren glorreichen Vormarsch nach Berlin fortzusetzen. Denn es tut mir leid, Jungens, sagen zu müssen, daß die Deutschen den von uns erhofften Sinneswechsel nicht vollzogen haben. Sie haben allerdings den Namen ihrer Institutionen verändert, aber den Geist haben sie nicht geändert. ... Welch' schwere Enttäufung für unseren großen Präsidenten, der sich so bemüht hat, den Deutschen Vernunft beizubringen, ihnen Verständnis dafür einzuföhnen, welche Schrecken sie allein und mit Absicht auf die Welt gebracht haben. Doch wehe, sie sind noch weit davon entfernt. Sie versuchen mit aufrührerischer Propaganda, die Moral unserer Truppen zu unterminieren.“ — Ehrwürden Dr. Skinner erhob keine fetten, rosigen Hände und lächelte gütig — „die Moral unserer Truppen zu unterminieren, so daß die strengsten Verordnungen dagegen getroffen werden müssen. Ja, in der Tat, meine lieben Freunde, ich fürchte, daß wir zu früh unseren siegreichen Vormarsch eingestellt haben. Jetzt müssen wir wachsam und auf der Hut sein und die Entscheidung der großen Männer abwarten, die in kurzer Zeit zur Konferenz in Paris zusammenkommen werden. ... Laßt mich, meine lieben Freunde, der Hoffnung Ausdruck geben, daß ihr bald von euren Wunden genesen werdet, bereit seid, freudig Dienst zu tun in den Reihen der glorreichen Armee, die noch für einige Zeit auf der Wacht sein muß, als Amerikaner und Christen die Zivilisation zu verteidigen, die ihr so edel vor einem ruchlosen Feinde gerettet habt. ... Laßt uns singen.“ Die Leute standen auf, außer einigen, die keine Beine mehr hatten, und sangen den ersten Vers der Hymne. Ehrwürden Dr. Skinner zog seine goldene Uhr heraus und machte ein ärgerliches Gesicht. „O, ich werde den Zug versäumen“, murmelte er. Der Diensthabe half ihm in seinen umfangreichen Mantel, und sie beide eilten zur Tür hinaus.

„Der hatte seine Gamaschen an“, sagte der Mann ohne Beine, den man in einen Stuhl neben dem Ofen gesetzt hatte. Andrews setzte sich neben ihn, lachend. Es war ein Mann mit hornortstehenden Badentnochen und mächtigen Kiefern, dessen hellbraune Augen und sanfte Lippen seinem Gesicht einen Ausdruck großer Milde gaben. Andrews schaute nicht auf seinen Körper.

„Einer hat gesagt, daß der vom Roten Kreuz kam und Zigaretten aussteilen wollte ... haben uns diesmal zum Narren gehalten“, sagte Andrews.

„Willst du ne Zigarette haben? Ich habe eine“, sagte der Mann ohne Beine; mit seiner großen, bleichen, zusammengekrümpften Hand hielt er ihm die Zigarette hin.

„Dante.“ Als Andrews ein Streichholz anzündete, mußte er sich über den Mann ohne Beine beugen, um dem auch Feuer zu geben. Sein Blick glitt dabei an der Uniform des Mannes herunter auf die Hosen, die leer vom Stuhl herabhängten. Ein kalter Schauer durchfuhr ihn; er dachte an die Narben auf seinen eigenen Schenkeln.

„Hast du es auch in die Beine bekommen, Kamerad?“ fragte der Mann ohne Beine ruhig.

„Ja, aber ich hatte Glück. ... Wie lange bist du schon hier?“

„Seitdem Christus Korporal war. Zwei Wochen, nachdem wir zuerst an die Front kamen, seitdem bin ich hier ... das war am 16. November 1917 ... habe nicht viel vom Krieg gesehen ... habe aber auch sicher nicht viel verpaßt.“

„Rein ... Aber du hast trotzdem schon genug von der Armee gesehen.“

„Das ist wahr. ... Der Krieg wäre vielleicht gar nicht so schlimm, wenn es nicht wegen der Armee wäre.“

„Du kommst bald nach Hause, nicht?“

„Vielleicht ... wo kommst du her?“

„New York“, antwortete Andrews.

„Ich komme von Cranston, Wisconsin. Kennst du das Land da? Viele Seen dort. Man kann dort tagelange Canoe fahren. Es war eine schöne Zeit da. ... Haben wir die Wälder gelebt. Einmal habe ich eine Fahrt gemacht, drei Wochen lang, ohne überhaupt ein Haus zu sehen. Bist du schon mal so lange Canoe gefahren?“

„Rein, aber es muß sicher herrlich sein, tagelang im Canoe auf dem Wasser zu sein.“

(Fortsetzung folgt.)

